



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 28. Jänner 2019**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

30. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 17.51 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 29. Sitzung des Gemeinderates vom 17.12.2018 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

| | | |
|---------------------|-------------------------|---------------------|
| Christian Fila | DI. Gunter Haydinger | Christiane Kroiß |
| Dietmar Marehard | Mark Paulusberger | Elke Ruetz |
| Egon Schatzmann | Ralph Schäfer, BSc | Ronald Schiefermayr |
| Ingo Spindler | Olivera Stojanovic, BSc | Georg Taitl |
| Sandra Wohlschlager | | |

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

| | | |
|---------------------------|------------------------|---------------------|
| Mag. Sabine Brenner-Nerat | Stefan Ganzert | Mag. Bernhard Humer |
| Laurien Scheinecker, BA | Mag. Daniela Schindler | |
| Barbara Wildfellner | Christian Kittenbaumer | |

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

| | | |
|------------------|------------------|-------------------|
| Dr. Peter Csar | Stefan Haböck | Augustine Hacker |
| Markus Wiesinger | Sybille Prähofer | Walter Zaunmüller |

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

| | | |
|-------------------|-----------------------------|--------------------|
| Mag. Walter Teubl | MMag. Stefanie Rumersdorfer | Mag. Peter Sönsner |
|-------------------|-----------------------------|--------------------|

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaner
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

StR. Klaus Hoflehner, GR. Karl Schönberger, GR. Mag. Phil. Mato Simunovic

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 17.01.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Rabl: Diese Gelegenheit möchte ich nutzen, um die Teilnehmer des Dienstausbildungslehrganges herzlich willkommen zu heißen. Ich hoffe, dass wir ein würdiges Bild der obersten Vertretung der Stadt Wels abgeben und sie einen entsprechend guten Eindruck von uns mitnehmen. Immerhin ist es die Politik, die die Richtung in dieser Stadt vorgibt und wir hoffen, dass wir das entsprechend würdevoll schaffen.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates DI-Verf-007-2017

Bgm. Dr. Rabl: Nach dem Verzicht von GR. Ernst Kirchmayr ist dessen Mandat im Gemeinderat neu zu besetzen.

Nach den Bestimmungen der O.ö. Kommunalwahlordnung wurde Mag. Daniela Schindler in den Gemeinderat nachberufen, welche die Berufung angenommen hat. Die vorgereichten Ersatzmitglieder Vzbgm. a.D. Hermann Wimmer, StR. Johann Reindl-Schwaighofer, StR. Klaus Hoflehner, LABg. Petra Müllner, NRAbg. Petra Wimmer und NRAbg. Eva-Maria Holzleitner haben auf die Nachberufung verzichtet.

Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie daher sich von ihren Plätzen zu erheben.

Zur Angelobung darf ich den Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

Herr Magistratsdirektor Dr. Peter Franzmayr verliest folgende Gelöbnisformel:

Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

Mag. Daniela Schindler leistet das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Bgm. Dr. Rabl: Herzliche Gratulation! Ich ersuche sie ihren Platz einzunehmen.

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates
Verf-015-W-4-2017

Bgm. Dr. Rabl: Aus Anlass des Verzichtes von GR. Ernst Kirchmayr hat die SPÖ-Gemeinderatsfraktion einen Wahlvorschlag für die Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht.

Bei der Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse ist aus formeller Sicht zwischen dem Kontrollausschuss und den sonstigen Ausschüssen zu unterscheiden. Es sind daher zwei Wahlen durchzuführen. Beide Wahlen sind in Fraktionswahl vorzunehmen. Stimmberechtigt sind jeweils die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion. Die Wahlvorschläge liegen auf.

Wahlvorschlag für Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse

Finanz- und Präsidialausschuss

GR. Mag. Daniela Schindler als Mitglied anstelle von GR. Barbara Wildfellner

Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss

GR. Barbara Wildfellner als Ersatzmitglied anstelle von GR. Ernst Kirchmayr

Sozial- und Wohnungsausschuss

GR. Barbara Wildfellner als Ersatzmitglied anstelle von GR. Ernst Kirchmayr

Generationenausschuss

GR. Mag. Daniela Schindler als Ersatzmitglied anstelle von GR. Mag. Bernhard Humer

Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss

GR. Laurien Scheinecker, BA als Ersatzmitglied anstelle von GR. Ernst Kirchmayr

Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsausschuss

GR. Mag. Daniela Schindler als Mitglied anstelle von GR. Ernst Kirchmayr

Verkehrsausschuss

GR. Mag. Daniela Schindler als Ersatzmitglied anstelle von GR. Ernst Kirchmayr

Vzbgm. Silvia Huber als Ersatzmitglied anstelle von GR. Laurien Scheinecker, BA

Kulturausschuss

GR. Mag. Daniela Schindler als Ersatzmitglied anstelle von GR. Barbara Wildfellner

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Wahlvorschlag für den Kontrollausschuss

GR. Mag. Daniela Schindler als Ersatzmitglied anstelle von GR. Laurien Scheinecker, BA.

Dieser Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Anfragen

Anfrage der NEOS an Stadtrat Peter Lehner betreffend Umbauten am Stadtplatz
Verf-015-W-3-2019

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an sie:

Anfrage betreffend Umbauten am Stadtplatz:

Letztes Jahr wurden umfangreiche Erneuerungen bzw. Umbauten am Stadtplatz vorgenommen. Basis dafür war der Grundsatzbeschluss in der Gemeinderatssitzung vom 29. Mai 2017 (Amtsbericht BauD-SP-74-10-2017, Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner). Da diese Erneuerungen nun abgeschlossen sind, stellen sich folgende Fragen:

1. Wie hoch waren letztendlich die Gesamtkosten aufgeteilt nach Materialkosten und Arbeitskosten und auch aufgeteilt auf die Gewerke
 - a. Verlegung der Straßenbeleuchtung auf die Hausfassaden,
 - b. Einrichtung von Wasserspielen,
 - c. Anpassung Verkehrsplanung,
 - d. Mobiles Grün?
2. Wurden diese Gewerke ausgeschrieben?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Gab es Hausbesitzer, welche gegen die Installation der LED-Strahler waren?
 - a. Wie viele?
 - b. Wie wurde damit umgegangen?
 - c. Wie viele LED-Strahler wurden letztendlich installiert?
5. Gibt es aktuell seitens der BürgerInnen Beschwerden zum Thema „Lichtverschmutzung“?
6. Was ist mit den bisherigen – ca. 10 Jahre alten – Lampen geschehen?

StR. Lehner: Vorab herzlichen Dank für die Anfrage, die mich mit viel Ehre überhäuft. Die Ehre gebührt aber auch meinen Stadtsenatskollegen, die mitwirkten den Stadtplatz im neuen Licht erstrahlen zu lassen. Für die Wasserspiele ist Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger zuständig, für die Verkehrsthematik StR. Klaus Hoflehner. Durch die Fachabteilung habe ich die Antworten vorbereiten lassen und ich darf sie hiermit dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit kundtun.

Die Gesamtkosten betragen brutto € 929.438,67. Diese wurden mit 14.1.2019 berechnet. Eigenleistungen vom Magistrat Wels wurden getätigt. Die Kosten der öffentlichen Beleuchtung belaufen sich auf brutto € 455.000,--, davon sind Lohnkosten € 166.000,--, Materialkosten € 289.000,--.

Bei den Wasserspielen liegt die endgültige Abrechnung vor. Diese beträgt insgesamt € 370.383,36, wobei die Material- und Lohnkosten in einem Verhältnis 91:9 Teilen sich aufteilen. Für die Tiefbauleistungen gibt es nur einen inkludierten Gesamtbetrag und keine Aufteilung.

Die Verkehrsplanung beläuft sich insgesamt auf € 26.935,43, zusätzlich wurden € 28.013,77 für Eigenleistung der Straßenmeisterei fällig. Für das Mobile Grün haben wir brutto € 3.410,30 ausgegeben. Zukauf von Baumtrögen und Pflanzen in Höhe von € 16.994,95.

Zur Ausschreibung der Gewerke darf ich anmerken: Die öffentliche Beleuchtung wurde gemäß des Vertrages aus 1920 an die eww Anlagentechnik vergeben. Für die Wasserspiele bzw. die Brunnentechnik hat ein Verhandlungsverfahren gemäß Bundesvergabegesetz mit vier Bietern stattgefunden. Für die Straßenbau- und Pflasterarbeiten ein Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung nach dem Bundesvergabegesetz mit drei Bietern, beim Abriss des alten Brunnens eine Direktvergabe nach dem Bundesvergabegesetz.

Bei den Pflastersanierungsarbeiten zu den Verkehrs- und Asphaltierungsarbeiten gibt es einen Jahresvertrag (eine Jahresausschreibung), ein Verfahren mit sechs Bietern nach dem Bundesvergabegesetz und bei den Pflasterungen ebenfalls ein Vergabeverfahren mit sechs Bietern. Bei den mobilen Trögen gab es eine Direktvergabe. Auch das ist nach dem Bundesvergabegesetz zulässig.

Zur Frage warum – insbesondere bei den Trögen – eine Direktvergabe durchgeführt wurde darf ich antworten, dass es aufgrund der Tatsache, dass wir in unmittelbarer Nähe ähnliche, vergleichbare Tröge stehen haben und wir natürlich wollten, dass hier eine optische Zusammengehörigkeit besteht, deshalb hier keine Ausschreibung.

Bei dem Abriss des Brunnens wurden unverbindliche Preisauskünfte eingeholt. Das wurde dann direkt vergeben, weil hier ein sehr kurzes Zeitfenster nach dem Weihnachtsmarkt gegeben war.

Zur Frage, ob es Hausbesitzer gab, die gegen die Installation der LED-Strahler waren und wie viele LED-Strahler wurden letztendlich montiert: Es wurden 65 Strahler montiert. Es gab vorab am 22. März eine Informationsveranstaltung, wo sämtliche Hausbesitzer eingeladen wurden. Es gab persönliche Gespräche und es wurde mit jedem Hausbesitzer, wo eine Lampe montiert wurde, eine schriftliche Vereinbarung

geschlossen. Drei Hausbesitzer haben diese Vereinbarung mit uns nicht abgeschlossen, daher wurden auch keine Lampen montiert. Ein Hausbesitzer gab uns ursprünglich eine Zusage, zog diese dann jedoch zurück.

Gibt es aktuell Beschwerden zum Thema Lichtverschmutzung? Derzeit sind beim Magistrat Wels keine schriftlichen Beschwerden bekannt. Jeder der Strahler kann über WLAN eingestellt werden. Diese Einstellungen erfolgten in der KW. 36. Es gibt ein zweifaches Timing – in der Nachtzeit einerseits von 21.30 Uhr und dann um 23.00 Uhr noch einmal nach unten - jeweils um 30 %. Vor der zweiten Einstellung gab es einige Beschwerden, dass die Beleuchtung zu hell ist, mit der Feinabstimmung ist das jetzt nicht mehr der Fall. Diese Art der Einstellung findet nun großen Anklang.

Was ist mit den demontierten Beleuchtungen geschehen? Derzeit liegen sie in der eww ag auf Lager. Eine Wiederverwendung ist gewünscht und vorhergesehen. Derzeit wird geprüft, ob wir diese Lampen entlang der Traun, z.B. beim Lärmschutzwall in der Mitterhoferstraße oder sonst wo verwenden können. D.h. sie werden gegebenenfalls im Stadtgebiet Wels wieder verwendet.

GR. Hufnagl: Danke für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Lt. meinen Informationen gab es noch ein Gewerk, nämlich Fundamente für eine Weihnachtsbeleuchtung. Hier hätte ich gerne gewusst, ob diese ausgeschrieben wurden bzw. aus welchem Geldtopf die finanziellen Mittel zur Verfügung standen?

StR. Lehner: Im Zuge der Verkehrsänderungen wurden die Zungen, die sozusagen zwischen den Parkplätzen sind, auch neu gestaltet. Diese Gelegenheit nutzten wir, um hier Fundamente vorzusehen, entweder für die Montage einer Weihnachtsbeleuchtung, alternativ auch, wenn es darum geht den Stadtplatz zu bespielen. Wenn hier Konzerte stattfinden, ist es immer wieder notwendig entsprechende Steher zu montieren. Dazu haben wir die entsprechenden Fundamente errichten lassen. Diese Fundamente wurden im Gesamtauftrag an die eww ag verrechnet bzw. dort zur Abrechnung gebracht, d.h. es wurde nicht extra ausgeschrieben, sondern wurde mit der Endabrechnung abgerechnet.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für diese ausführliche und sehr kompetente Beantwortung.

Mitteilungen

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Abklärung der Gefährdungslage durch
die Maurer-Deponie
Verf-015-I-36-2018

Zum Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Abklärung der Gefährdungslage durch die Maurer-Deponie (Verf-015-I-36-2018) beschlossen im Gemeinderat am 12.11.2018, teilt das Amt der Oö. Landesregierung, Direktion, Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht Folgendes mit:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit Schreiben vom 14.11.2018, Verf-015-I-36/2018/1, haben sie uns die in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wels vom 12.11.2018 beschlossene Resolution der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend die Abklärung der Gefährdungslage durch die Mauer-Deponie mit dem Ersuchen um Unterstützung übermittelt.

Demzufolge ersucht die Stadt Wels das Land Oberösterreich in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt einen Prozess einzuleiten, der Klarheit über die Gefährdungslage durch die sogenannte Mauer-Deponie bringen soll.

Dazu möchten wir sie über bereits laufende und noch geplante Untersuchungen informieren:

Die Altablagerung/Beobachtungsfläche Mauerschottergrube in Wels wird bereits seit 2001 im Rahmen des Altlastensanierungsgesetzes (ALSAG) untersucht und beobachtet. Im gesamten Zeitraum konnten die Untersuchungen keine erheblichen negativen Beeinflussungen des Grundwassers nachweisen, weshalb bisher eine Ausweisung als Altlast nicht erforderlich war.

Zur abschließenden Abklärung der Gefährdungslage hat der – damalige – Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (nunmehr: BM für Nachhaltigkeit und Tourismus) den Landeshauptmann von Oberösterreich (Direktion Umwelt- und Wasserwirtschaft/Abt. Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht, Gruppe Altlasten und Verdachtsflächen) mit einem – Klarheit über die Gefährdungslage verschaffenden – Beobachtungsprogramm beauftragt.

Dieses Beobachtungsprogramm umfasst

- Raumlufmessungen in ausgewählten umliegenden Kellergeschossen an zwei Terminen,
- 8-stündige Deponiegasabsaugversuchen an vier Boden-Luft-Messstellen an vier Terminen und
- qualitative Grundwasserbeweissicherungen an vier Terminen in fünf Grundwassermessstellen.

Mit der Projektplanung und Koordinierung der Beobachtungsmaßnahmen haben wir die GRUPPE WASSER, Wiedner Hauptstraße 19, A-1040 Wien, beauftragt.

Bisher wurden im Rahmen der Beobachtung folgende Untersuchungen durchgeführt:

Allgemeine Erhebungen,

Raumlufmessungen: 1. Termin am 06.09.2017, 07.09.2017 und 22.09.2017

Raumlufmessungen: 2. Termin am 15.01.2018 und 19.01.2018

Bodenluftuntersuchungen: 1. Termin vom 09.07.2018 bis 12.07.2018

Bodenluftuntersuchungen: 2. Termin vom 23.10.2018 bis 29.10.2018

Grundwasseruntersuchungen: 1. Termin am 09.07.2018

Grundwasseruntersuchungen: 2. Termin am 25.10.2018

Zusammenfassung der bisher vorliegenden Ergebnisse:

Beim 1. Termin Raumlufmessungen wurden an 13 Messstellen in einem 1. Durchgang Raumlufmessungen durchgeführt. Bei der Messstelle RL-MSG-07 (Keller) und Messstelle RLMSG-12 (Sickerschacht) kann die Bildung von erstickend wirkenden Atmosphären nicht ausgeschlossen werden – fachlich besteht jedoch kein Zusammenhang mit der ggst. Altablagerung. Die Grundeigentümer/in wurden über die Messergebnisse mündlich und schriftlich informiert. Bei den restlichen Raumlufmessungen wurden keine erhöhten Werte für Kohlendioxid gemessen. Der maximal gemessene Wert für Kohlendioxid lag bei 0,14 Vol. %. Die Sauerstoffwerte lagen bei allen Raumlufmessungen im Bereich der atmosphärischen Luftzusammensetzung. Das Deponiegas Methan (CH₄) war an keiner Messstelle nachweisbar.

Beim 2. Termin Raumlufmessungen wurden nochmals an 13 Messstellen Raumlufmessungen durchgeführt und zeigten im Ergebnis durchwegs Werte, die der atmosphärischen Zusammensetzung der Luft entsprechen. Lediglich 3 Messstellen wiesen erhöhte Werte auf. An der Messstelle BR Dibiasi (Brunnenschacht) wurden Sauerstoffwerte von minimal 20,5 Vol. % gemessen. Gleichzeitig wurden Kohlendioxid Werte von maximal 0,40 Vol. % an der Messstelle RL-MSG-10 festgestellt.

Beim 1. Termin Bodenluftuntersuchungen hat an den Messstellen BLS-MS1, BLS-MS2, DG16 und DG17 hat jeweils ein 8-stündiger Absaugversuch stattgefunden. Die Messergebnisse zeigten Sauerstoff in einem Bereich von 17,2 Vol. % bis 20,0 Vol. % und Kohlenstoffdioxid zwischen 0,62 Vol. % und 3,45 Vol. %. Methan und Schwefelwasserstoff waren zu keinem Zeitpunkt und an keiner Messstelle nachweisbar. Die fachliche Beurteilung hat ergeben, dass bei den Messstellen am westlichen und südwestlichen Rand der Altablagerung nachweislich keine Deponiegasmigration festzustellen war.

Beim 2. Termin Bodenluftuntersuchungen hat an den Messstellen BLS-MS1, BLS-MS2, DG16 und DG17 hat jeweils ein 8-stündiger Absaugversuch stattgefunden. Die Vor-Ort-Parameter zeigten Ausprägungen, so lagen hinsichtlich der CO₂-Gehalte die Werte zwischen 1,10 Vol. % und 3,60 Vol. %, die Werte für den Sauerstoffgehalt lagen zwischen 18,6 Vol. % und 19,9 Vol. %, Methan (CH₄) wurde zu keinem Zeitpunkt festgestellt und auch Schwefelwasserstoff (H₂S) wurde zu keinem Zeitpunkt festgestellt. Zudem wurden je 2 Bodenluftproben beim jedem Absaugversuch entnommen. Die laboranalytische Untersuchung zeigte keine Überschreitungen des Prüfwerts gem. ÖNORM S2088-1.

Beim 1. Termin Grundwasseruntersuchungen wurden an 5 Grundwassermessstellen jeweils Pump- und Schöpfproben entnommen. Die Analytik der Proben zeigte Überschreitungen des Prüfwerts gem. ÖNORM S 2088-1 für die Parameter Magnesium (4), Natrium (4) und Nickel (1). Eine Überschreitung der Maßnahmenschwellwerte war nicht feststellbar. Die fachliche Beurteilung hat ergeben, dass kein erheblicher Schadstoffaustrag in das Grundwasser festzustellen war.

Beim 2. Termin Grundwasseruntersuchungen wurden an 5 Grundwassermessstellen jeweils Pump- und Schöpfproben entnommen. Die Analytik der Proben zeigte Überschreitungen des Prüfwerts gem. ÖNORM S 2088-1 für die Parameter Magnesium (4), Natrium (4), Kalium (3), Nickel (1) und Toluol (3). Die fachliche Beurteilung hat ergeben, dass kein erheblicher Schadstoffaustrag in das Grundwasser festzustellen war.

Auf Basis der bisher vorliegenden Untersuchungsergebnisse (wobei auch die von Herrn Maurer privat initiierten und finanzierten Untersuchungen/Analysen durch die Fa. Fürnkranz Geoconsulting, welche dem Umweltbundesamt zur Verfügung gestellt wurden, Berücksichtigung fanden) sind nach Einschätzung der Umweltbundesamt GmbH. keine Anpassungen im laufenden Untersuchungsprogramm erforderlich. Das Programm wird daher unverändert weitergeführt.

Folgende Untersuchungen sind noch geplant:

weitere Grundwasserprobenahmen im März/April 2019,
Pumpversuche mit Grundwasserprobenahme im Nov./Dez. 2019,
nochmalige Deponiegasabsaugversuche an 2 Messstellen im August/September 2019.

Nach Abschluss der umfassenden Untersuchungen wird vom Umweltbundesamt als Fachdienststelle des BMNT aufgrund sämtlicher vorliegender Untersuchungsergebnisse eine Gefährdungsabschätzung erstellt und entschieden, ob

- weiterführende Maßnahmen – Beobachtungen – erforderlich sind,

oder

- dem BMNT eine Ausweisung als Altlast in der Altlastenatlas-Verordnung vorgeschlagen wird,

oder

- eine Streichung als Verdachtsfläche im Verdachtsflächenkataster erfolgt.

Wir ersuchen um Kenntnisnahme.“

Sehr geehrte Damen und Herren, die Kurzzusammenfassung lautet, es ist nicht feststellbar, dass es durch die Maurer-Mülldeponie zur Beeinträchtigung des Grundwassers oder der Luft kommt. Wenn ich von Beeinträchtigungen spreche, dann meine ich solche, die nach den jeweiligen einschlägigen technischen Normen gesundheitsgefährdend oder überhaupt gefährdend für die Welser Bevölkerung sind. Das zur Kenntnisnahme.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Planerleistungen für das Projekt Kindergarten Neu Pernau
Verf-015-I-2-2019

GR. Scheinecker: Dieser Dringlichkeitsantrag reiht sich ein in die Geschichte des Kindergartenprojektes. Persönlich muss ich anmerken, wir werden natürlich der Dringlichkeit zustimmen, weil der SPÖ-Fraktion bewusst ist, dass wir diesen Kindergarten dringend brauchen. Nichtsdestotrotz ist es genau der richtige Zeitpunkt um darauf hinzuweisen, dass dieser Dringlichkeitsantrag heute um 08.45 Uhr der Fraktion zugeht. Die Stellungnahme langte zwischen 10.30 und 10.45 Uhr ein, also die Vorbereitungszeit, die ein solch eklatant wichtiges Thema den Mandataren des Gemeinderates zugesprochen wird, ist doch sehr bedenklich. Noch dazu, weil die Kollegin der GRÜNE-Fraktion vergangene Woche versuchte Gutachten vorab einzusehen.

Also, wenn wir zukünftig in dieser Art und Weise mit so einem „Kurzschluss“ Investitionen tätigen, dann wird es wahnsinnig schwer Entscheidungen zu treffen. Gerade einem so wichtigen Thema, wie die Kinderbetreuung, steht es zu, sich länger damit zu beschäftigen. Es gäbe bessere Möglichkeiten und effizientere Methoden die Mandatäre, die ihre Arbeit ernst nehmen, einzubinden. Bitte dies in Zukunft zu berücksichtigen, dass die Informationen zeitgerecht dort einlangen, wo sie hinkommen sollten.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Wortmeldung. Der Dringlichkeitsantrag wird wie üblich nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Verleihung von Verdienstmedaillen der Stadt Wels in SILBER
an ausgeschiedene Schuldirektoren von Welser Schulen
BdB-325-01-12-2018

Der Antrag (Anlage 1) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 15.01.2019:

In Würdigung ihrer Verdienste um die Stadt Wels wird

1. Herrn Mag. Herbert Arzt, ehemaliger Direktor des BG/BRG Dr. Schauer Straße
2. Frau RegR. Renate Hammer, ehemalige Direktorin der Berufsschule 3 Wels
3. Herrn DI. Anton Schachl, ehemaliger Direktor der HTL Wels

die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Josef Resch, ehemaliger Obmann der WKO Wels-Stadt;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD
BdB-325-01-15-2018

Der Antrag (Anlage 2) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 15.01.2019:

Herrn Josef Resch, ehemaliger Obmann der WKO Wels-Stadt, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

GR. Dr. Csar: Josef Resch ist in Wels ein bekannter Bäcker. Er baute einen Kleinbetrieb zu einem Industriebetrieb auf. Dieser ist nicht nur in Wels, in Oberösterreich, in Österreich, in Europa, sondern über die Grenzen Europas bekannt. Wir Welser können wirklich stolz auf dieses Unternehmen sein, welches Geschichte schrieb mit ihren innovativen Produkten, die in Wels erzeugt werden und garantieren, dass frische Semmeln „Resch & Frisch“ auf den Tisch kommen. Das kann sich sehen lassen und ist ein Zeichen dafür, dass Innovation belohnt werden kann – es steckt sehr viel Engagement dahinter.

Darüber hinaus hat Josef Resch sich immens engagiert für die Interessensvertretung innerhalb der Wirtschaftskammer. Er war viele Jahre Obmann der Wirtschaftskammer Wels und setzte sehr viele Akzente. Dafür gebührt ihm unser Dank, weil er sehr unternehmensstark, mutig, innovativ diese Schritte anging. Einer seiner Highlights war das Zukunftshaus am Kaiser-Josef-Platz. Er organisierte und leitete in diesem Zusammenhang viele Diskussionsrunden. Es war ganz wichtig für das gesellschaftliche Miteinander. Wir als ÖVP Wels sagen ihm ein herzliches Dankeschön für seine Arbeit, auch innerhalb der Wirtschaftskammer Wels. Er schaffte viele Arbeitsplätze und hat mit seinem Engagement und seiner Begeisterung Wels seinen Stempel aufgedrückt.

Wie wir alle Josef Resch kennen, ist er ein Mann der Tat, ein Mann der sich durchzusetzen weiß, der dementsprechend stark argumentiert und seine Meinung vertritt. So ist er uns bestens bekannt, so hat er auch innerhalb der Partei seine Geschichte geschrieben. Wir unterstützen ihn dahingehend, dass wir diesen Antrag für die Zuerkennung der Verdienstmedaille einbrachten und freuen uns über einen einstimmigen Beschluss. An dieser Stelle gratuliere ich Josef Resch sehr herzlich.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die positiven Worte. Herr Resch wird sich sicherlich darüber sehr freuen.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels,
mit der die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels
neuerlich abgeändert wird (11. Novelle der GOGR)
Verf-015-W-4-2019

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 15.01.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge beigefügte 11. Novelle der Geschäftsordnung des Gemeinderates und seiner Ausschüsse beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2018/016

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 15.01.2019:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

5.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2019/001

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 15.01.2019:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2019/003

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 15.01.2019:

Die in der Anlage 1 dargestellte Kreditüberschreitung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

7.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2019/002

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss am 15.01.2019:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlagen 1 und 2) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

8.)

Straßenbauprogramm der Stadt Wels für
das Jahr 2019; Grundsatzbeschluss
BauD-BauS-21-2019

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 15.01.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge das beigefügte Straßenbauprogramm 2019 grundsätzlich genehmigen.

GR. Stojanovic, BSc: Ich habe lediglich ein Anliegen an die Fachabteilung, welche das Straßenbauprogramm und das Erhaltungsprogramm plant. Es gibt in der Pernau, gegenüber dem Autohaus Porsche Wels, das Autohaus Seat Lugmayr. Biegt man nach dem Autohaus Lugmayr links in die Karl-Schönherr-Straße ein, so ist entlang dieser Straße kein Gehweg vorhanden. Geht man weiter in die Traklstraße gibt es lediglich einen 50 bis 100 m langen Gehweg, bis zur Grenze Marchtrenk gibt es wieder keinen mehr.

Seit September vergangenen Jahres arbeite ich in einer Firma in Marchtrenk und nehme täglich diesen Weg. Ich sehe, dass es sehr viele Schichtmitarbeiter gibt und Lehrlinge, die in den dortigen umliegenden Unternehmen arbeiten und zu Fuß zu ihrer Arbeitsstätte gehen. Diese Straße ist ohne Gehweg in den Wintermonaten sehr gefährlich. Darum bitte ich die Fachabteilung sich diese Stelle einmal anzusehen und zu überprüfen, ob es nicht möglich ist einen Gehweg zu errichten. Vielleicht kann man mit den dortigen Firmen Kontakt aufnehmen. Die Firma Buderus wurde von der Firma Starlim Sterner abgekauft und das Firmenareal soeben umgebaut. Vielleicht ist im Zuge dieser Umbauarbeiten

etwas geplant, dass sich die zuständige Abteilung die Situation einmal anschaut, ob es eine Möglichkeit für einen Gehweg gibt.

GR. Mag. Humer: Das Straßenbauprogramm 2019 ist wieder sehr umfassend. Wir beschließen heute 3 Mio. Euro. Die Kollegen der Straßenmeisterei verrichten ihre Arbeit Sommer wie Winter, zu jeder Witterung. Den Großteil dieses Straßenbauprogramms betrifft die Anschlussstelle Moostal. Für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Wels ist das sehr wichtig.

Der zweite Teil betrifft die Straßenerhaltung. Fährt man mit offenen Augen durch die Stadt, gibt es Straßenbeläge, die durchaus grenzwertig sind was die Haftung betrifft. Daher ist es wesentlich gerade im Bereich der Straßenerhaltung entsprechend Geld in die Hand zu nehmen. In Sachen Feinbeläge ist es notwendig verstärkt etwas zu tun, warum? Weil dieser Feinbelag den Unterbau schützt. Fehlt der Feinbelag, wird der Unterbau angegriffen. Es ist durchaus gut investiertes Geld.

Es gibt für die Kollegen in der Straßenmeisterei viel zu tun. Unsere Kollegen sind sehr bemüht unsere politischen Anregungen umzusetzen. Es geht jedoch nicht immer alles. In dem Sinne ist es ein sehr engagiertes Programm und seitens der SPÖ-Fraktion gibt es dafür eine Zustimmung.

GR. Schiefermayr: Alle Jahre wieder beschließen wir heute das sehr ambitionierte Straßenbauprogramm. Wie wir alle wissen „Wels blüht auf“, „Wels wächst und gedeiht“. Dafür ist eine Infrastruktur besonders wichtig, allen voran der Straßenbau.

Es gibt aber Projekte, die bereits mehrmals im Straßenbauprogramm stehen, die bis dato leider nicht fertig gestellt werden konnten. Als Beispiel darf ich die Minna-Meinhardt-Straße anführen, die seit 2016 in diesem Programm steht, aber immer noch die Feinasphaltierung fehlt.

Heuer wird die Anschlussstelle Wimpassing gebaut. Hier ist besonders wichtig in Sachen Schwerverkehr jetzt schon Maßnahmen zu treffen, damit die Bevölkerung in diesem Bereich weitestgehend geschont wird.

Bedanken möchte ich mich abschließend bei allen Fachabteilungen, speziell bei der Dst. Straßen- und Tiefbau und natürlich bei allen, die bei Wind und Wetter im Freien sind, damit unsere Straßen erhalten bleiben.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion und die Unterstützung. Frau GR. Stojanovic, liebe Olivera! Der Herr Baudirektor notierte sich jetzt dein Anliegen und wird uns Rückmeldung zu deiner Frage geben.

Abschließend möchte ich mich bei der Fachabteilung, beim Herrn Baudirektor und bei seinen Mitarbeitern für dieses ambitionierte Programm bedanken, welches gemeinsam mit der Politik erarbeitet wurde.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

9.)

FahrRad Modellregion Wels; Beitritt der Stadt Wels
BauD-VP-311-09-2019

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 15.01.2019, der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Beitrittserklärung zur „FahrRad Modellregion Wels Umland“ beschließen.

GR. DI. Haydinger: Die Ziele der „FahrRad Modellregion Wels Umland“ beruhen auf zwei Säulen. Das eine ist die Begeisterung der Bevölkerung für das Radfahren und das Rad als Verkehrsmittel zu fördern. Darunter verstehe ich z.B. die Veranstaltung zum Mobilitätstag, der mittlerweile in Wels sich großer Beliebtheit erfreut, aber auch Veranstaltungen in Schulen und in Kindergärten, weil man nicht früh genug beginnen kann den Kindern die Freude am Fahrrad fahren zu vermitteln. Es wird sicher noch eine Reihe anderer Maßnahmen geben, um diese Begeisterung in der Bevölkerung zu wecken.

Die zweite Säule ist die Verbesserung der Radinfrastruktur. Was versteht man darunter? Ich las mir die Präsentationsvorlage im Ausschuss genau durch. Meines Erachtens sind zwei Punkte enthalten, unter denen man sich besser vorstellen kann was damit gemeint ist. Ich zitiere: „Moderne Radverkehrsführung vermeidet Umwege und schafft direkte Verbindungen. So soll ein durchgängiges Radverkehrsnetz Quellen und Ziele verbinden, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Radverkehrs fördern und flächendeckend sowie in hoher Qualität errichtet werden. Es gilt das Prinzip einer Stadt der kurzen Wege.“ Wir alle kennen die Verkehrssituation in Wels. Wenn wir es wirklich schaffen auf den Radwegen kurze Wege durch die Stadt zurückzulegen, dann ist das sicherlich ein ganz wesentlicher Punkt, um das Radfahren in Wels attraktiver zu machen.

In der Vorlage wird noch ein weiterer Punkt angesprochen: „Radabstellanlagen sollen in ausreichendem Ausmaß witterungsgeschützt und absperrenbar errichtet werden.“ Wir alle kennen die Situation, man stellt sein Rad ab und dieses ist dann verschwunden. D.h. auch hier wird es Maßnahmen geben müssen, damit jeder die Möglichkeit hat sein Fahrrad im öffentlichen Raum sicher abstellen zu können.

Wir müssen im wahrsten Sinne des Wortes das Rad nicht neu erfinden, es gibt sehr viele Städte in Europa, die in diesem Zusammenhang Vorreiterrollen tragen. Wir müssen uns nur diese Punkte aus den einzelnen Städten herauspicken, die für die Stadt Wels am besten passen würden.

GR. Ganzert: Vielen Dank, es gibt kein besseres Stadtsenatsmitglied um StR. Klaus Hoflehner in dieser Thematik zu vertreten, gerade Johnny Reindl-Schwaighofer durchquerte in seiner Freizeit schon fast ganz Europa mit dem Fahrrad. Es ist sehr schade, dass StR. Hoflehner gerade heute nicht dabei sein kann, weil diese Sache eine Herzensangelegenheit von ihm ist.

In dieser Region sind noch folgende Gemeinden beteiligt: Buchkirchen, Gunskirchen, Holzhausen, Krenglbach, Marchtrenk, Schleißheim, Steinhaus, Thalheim bei Wels und

Weißkirchen an der Traun. Kollege DI Haydinger zitierte bereits einige Ziele. Ich möchte jedoch gerne fortsetzen, denn mit der FahrRad Modellregion Wels Umland wird vorerst auf fünf Jahre über Ziele entschieden, u.a. über die Erhöhung des Radverkehrsanteils in der Stadt Wels. Die Stadt Wels bekennt sich mit dem heutigen Beschluss dazu den Radverkehr bestmöglich in der Gemeinde und in der Region zu fördern und die erarbeiteten Leitziele Mobilität zum Radverkehr der stadtreionalen Strategie der Stadtregion Wels umzusetzen.

Ganz positiv ist natürlich, dass uns dieser Beschluss nichts kostet. Es gibt zwar die Personalkosten im Haus, aber für die Umsetzung zeichnet das Klimabündnis und das Land Oberösterreich verantwortlich. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei den zuständigen Kollegen im Amtsgebäude II, den zuständigen Dienststellen aber auch bei Frau DI Eva Berghofer, die als Fahrradbeauftragte sich um weitere Verbesserungen in der Stadt Wels kümmert. StR. Hoflehner arbeitet derzeit an den Fahrradleitlinien. Diese gingen bereits im letzten Verkehrsausschuss an die Fraktionen. Im März-Gemeinderat werden wir darüber diskutieren. Wir unterstützen natürlich dieses Modell.

GR. Mag. Teubl: Uns GRÜNE freut natürlich ganz besonders, dass heute dieser Beschluss der FahrRad Modellregion Wels Umland so einmütig zustande kommen wird, weil wir immer schon darauf drängten, dass dem Radfahren in der Verkehrsplanung eine größere Beachtung zuteil werden sollte.

Mit diesem Beschluss wurden zwei Seiten der Medaille in Gang gesetzt. Das eine die verstärkte Bewusstseinsbildung im gesamten Raum der beteiligten Gemeinden zum Thema Radfahren, zum anderen ist eine Verbesserung der Fahrradinfrastruktur vorgesehen. Dass es gelungen ist so viele Gemeinden im Umland von Wels und die Stadt Wels gemeinsam tätig werden zu lassen, halte ich für besonders wichtig, weil ich glaube, dass wir uns jetzt einmal verabschieden müssen, dass die Planung an den Stadtgrenzen aufhört. Wir müssen verstärkt die Kooperation zwischen den Gemeinden suchen, damit wirklich ein großer Wurf herauskommen kann.

Damit haben wir vielleicht einen ersten Schritt getan, um einen Beitrag zur Verminderung des motorisierten Individualverkehrs zu leisten und indirekt damit auch einen Beitrag zur Verbesserung des Klimaschutzes in unserer Stadt, wo wir wahrlich gerade nicht Vorreiter sind. Auf diese Art und Weise können wir einen ersten Schritt gemeinsam tun.

Ich hoffe auch, dass der zweite Schritt – die Fahrradleitlinien – genauso einstimmig beschlossen werden, weil es in diesen um die Umsetzung verschiedenster Projekte geht, die tatsächlich zur Erhöhung des Radverkehrsanteils beitragen können. Diese FahrRad Modellregion ist sicherlich eine positive Sache, deshalb stimmen wir selbstverständlich dem Antrag zu.

Vzbgm. Kroiß: Erwähnen möchte ich noch, dass es hier nicht nur um die Stadt Wels geht was das Thema Radverkehr im Sinne des Straßenverkehrs betrifft, sondern dass wir uns bereits seit längerer Zeit als Rennradregion positionieren wollen. Wir haben höchst erfolgreiche Rennradfahrer in unserer Stadt, die international bekannt sind.

Das ist für mich dieser Rückschluss wo ich sage, wir müssen schauen, dass die „Alltagsradler“ aufs Rad kommen. Selbst bin ich begeisterter Radfahrer. Meine Termine

im Sommer nehme ich meistens mit dem Fahrrad wahr. Es muss uns der Brückenschluss gelingen uns als fahrradfreundliche Stadt zu positionieren, aber auch als Rennradregion.

Für das Thema FahrRad Modellregion Wels Umland möchte ich mich beim Land Oberösterreich bedanken, die bereits vor längerer Zeit mit einer großen Delegation in Kopenhagen war, um sich diese „Best practise“-Beispiele anzusehen. In den Ballungszentren wie Linz und Wels ist das Rad der beste Ersatz - damit können auch sehr viele Staus vermieden werden. Ein großes Dankeschön gilt dem zuständigen Landesrat Mag. Günther Steinkellner, der diese Angelegenheit betreibt und wir in dieser Region mitgenommen werden.

Wir werden mit dem Land Oberösterreich diesen Beschluss mittragen und uns aktiv einbringen, wenn es um die Umsetzung dieser Modellregion geht, auch was die Leitlinien betrifft.

StR. Lehner: Einen großen Dank an StR. Hoflehner. Er führt weiter was wir gemeinsam begonnen haben - die Städteplattform, die Stadtumlandkooperation im Rahmen des IWB – Initiative für Wirtschaft und Beschäftigung, ein Projekt, welches von der EU gefördert wird. Diese Initiative haben wir in der Region sehr intensiv übernommen, in der wir in allen Referaten, die es betrifft, zusammengearbeitet haben. Wir schauten in welcher Form wir mit den Umlandgemeinden kooperieren können.

Klaus Hoflehner machte hier Nägel mit Köpfen. Ganz besonders möchte ich ihm dafür danken. Es ist ihm gelungen die Marktgemeinde Marchtrenk dazu zu gewinnen, etwas was uns in der Städteplattform der Stadtumlandkooperation nicht gelungen ist. Marchtrenk tat immer so, als ob sie ein eigenes Reich vor unseren Toren wäre. Es gab keine Kooperationsmöglichkeit, ganz egal ob beim Wirtschaftspark Voralpenland oder eben im Rahmen des IWB-Programms.

Beim Radfahren gelingt es scheinbar auch die Marchtrenker mit an Bord zu holen, ihnen zu kommunizieren, dass wir eine Region sind, die voneinander profitiert und nur miteinander erfolgreich sein kann. Daher ein großer Dank an Klaus Hoflehner. Er schafft hier ein Bewusstsein, dass auch Marchtrenk Teil dieser Region ist. Speziell beim Radfahren ist die Distanz nach Marchtrenk eine sehr leicht überwindbare. Hier haben wir eine Topographie, die die Kooperation nicht nur auf Parteebene in dem Fall erleichtert, sondern auch bei den Radfahrern, da keine Berge dazwischen liegen. Mit Thalheim ist es schon ungleich schwieriger, wenn man sich auf den Bruckhof begibt.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion und vor allem für die ganz klaren Beiträge der Mitglieder des Gemeinderates das Fahrradfahren zu unterstützen. Erwähnen möchte ich, es ist ein wichtiger Themenschwerpunkt von StR. Hoflehner, dass er einerseits den öffentlichen Verkehr fördert (wo wir schon dementsprechende Beschlüsse fassten) und jetzt mit dieser Initiative zum Fahrradverkehr ganz klar eine Unterstützung des nichtmotorbezogenen Verkehrs dokumentiert. Es geht darum Verkehrsformen, wie das Fahrradfahren, zu Fuß gehen oder auch den öffentlichen Verkehr zu stärken, um die anstehenden Verkehrsfragen besser in den Griff zu bekommen.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei der Fahrradbeauftragten der Stadt Wels, DI Eva Berghofer, bedanken. Frau DI Berghofer ist ein guter Kumulationspunkt, wo

die Themen zusammen laufen, wo das Fahrradfahren ein wichtiger persönlicher und inhaltlicher Schwerpunkt ist. StR. Hoflehner und sie bewirkten wesentlich das Zustandekommen dieser Kooperation. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

10.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Einführung von Bankomatgebühren; Resolution an die Bundesregierung
Verf-015-I-1-2019

GR. Ganzert: Der Zugang zu Bargeld ist als ein essentielles Grundrecht der Menschen anzusehen. Daher ist es aus unserer Sicht nicht verständlich, warum man diesen Zugang mit eigenen Gebühren hemmen soll. Hier ist die Rede von den sogenannten Bankomatgebühren.

Viele von ihnen wissen, es gibt die amerikanische Firma EURONET, die bereits mehr als 200 Bankomaten in Österreich betreibt. Bei jeder Behebung wird eine Gebühr von € 1,95 fällig. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Für selbst verdientes und hart erarbeitetes Geld, für welches auch Steuer bezahlt wurde, wird bei der Auszahlung neben den Bearbeitungsgebühren der einzelnen Banken auch noch eine weitere Gebühr fällig. Daraufhin handelte die Bundesregierung. Es gab ein einfaches Bundesgesetz, in dem man den Banken aufgetragen hat diese Gebühren für ihre Kunden zu „schlucken“, sodass bei der Behebung bei sogenannten Euronet-Bankomaten keine Gebühr in Höhe von € 1,95 an ihre Kunden weiterverrechnet werden darf.

Allerdings wurde dieses Gesetz vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Das Bundesgesetz wurde außer Kraft gesetzt. Momentan ist es wieder so, dass Kunden, die an diesen besagten Bankomaten ihr Bargeld abheben möchten, auf diesen Kosten sitzen bleiben.

Wovon reden wir? In Österreich wurden durchschnittlich in den vergangenen Jahren rund 147 Millionen Behebungen durchgeführt. Knapp 55 % (mehr als die Hälfte) der Bevölkerung beheben ihr Geld mindestens wöchentlich einmal bei Bankomaten. Rechnet man nun € 1,95 mal der Anzahl der Wochen sind wir schon weit über € 100,00. 19 % (knapp ein Fünftel der Bevölkerung) beheben ihr Geld alle zwei Wochen bei den Bankomaten – hier liegen wir immer noch bei 50 Euro.

Ein Vergleich in anderen EU-Staaten: z.B. Irland, Portugal, Finnland, Schweden oder auch die Niederlande – dort gibt es bereits die gesetzlichen Grundlagen und dort ist die Einhebung von Bankomatgebühren vom Bankkunden bereits gesetzlich verboten.

Es geht mir darum den Willen der Stadt Wels an die Bundesregierung und auch den gesamten Nationalrat zu tragen, keine zusätzlichen Kosten und Gebühren für Welser zu schaffen. Deshalb gibt es diese Resolution, weil ich es für wichtig erachte ein starkes Zeichen aus dem Welser Gemeinderat zu setzen.

Dieser Initiativantrag beinhaltet folgende Resolution: Der Gemeinderat der Stadt Wels spricht sich gegen die Einführung von Bankomatgebühren aus. Ich bitte um Diskussion und allenfalls um Beschlussfassung.

GR. Wiesinger: Es gibt wenige Themen, bei denen wir uns alle einig sind, wie beim Thema Bankomatgebühren. Die sich in diesem Raum befindlichen Personen sprechen sich alle gegen die Bankomatgebühren aus und es gibt ein klares Bekenntnis für Bargeld.

In einem Punkt muss ich dir leider widersprechen, lieber Stefan, ganz gratis ist die Bargeldabhebung in Österreich nicht. Kontoführungsgebühren verlangt jede österreichische Bank - in diese fallen auch die Bargeldabhebungen. Klar ist, auch die Bundesregierung bekennt sich zum Bargeld und spricht sich gegen die Bankomatgebühren aus. Deshalb beschloss sie das Verbraucherzahlungskontogesetz. Wie du richtig ausgeführt hast, hat der Verfassungsgerichtshof Teile davon aufgehoben. Das Ziel dieses Gesetzes war keine Bankomatgebühren einzuführen. In diesem Gesetz ist auch klar geregelt, dass, wenn man Bankomatgebühren verlangt, diese Gebühren bei einer Abhebung klar ersichtlich sein müssen.

Der Verfassungsgerichtshof hat nun Teile des Gesetzes aufgehoben. Somit muss der Bundesgesetzgeber regeln wie er damit umgeht, ob eine Evaluierung erforderlich ist oder nicht. 8700 Bankomaten gibt es in Österreich, davon sind 200 von der Firma Euronet betrieben und somit mit Gebühren hinterlegt. D.h. es herrscht ein sehr hoher Wettbewerb bei den Banken bzw. am Finanzsektor. Deshalb wollen wir keine Bankomatgebühren.

Nach meinen Recherchen gibt es in Wels keinen Bankomat, der von der Firma Euronet betrieben wird. Die Resolution ist ein starkes Zeichen des Welser Gemeinderates an die Bundesregierung, deshalb sollten wir es uns gut überlegen, noch einmal darüber reden und eventuell in Wels ansässige Nationalräte fragen, ob es nicht bereits eine geänderte Auflage dieses Gesetzes gibt. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem Finanz- und Präsidentialausschuss zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung dieses Initiativantrages (Anlage 10) in den Finanz- und Präsidentialausschuss wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Planerleistungen für das Projekt Kindergarten Neu Pernau
Verf-015-I-2-2019

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Dringlichkeitsantrag liegt ein Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion vor, welcher einen Punkt 5. vorsieht. Dieser lautet: „Die Planung des Kindergartens ist so zu gestalten, dass sie auch für Alternativgrundstücke verwendbar ist.“ Ich ersuche, diesen Abänderungsantrag in die Diskussion miteinzubeziehen.

StR. Josseck-Herdt: Vorerst möchte ich ihnen für die Zuerkennung der Dringlichkeit danken. Sie können sich sicher sein, dass ich mir diese dafür notwendige Vorgangsweise nicht gewünscht habe. Das Lärmgutachten, welches jetzt nur im Vorabzug vorliegt, langte erst am Freitag, 15.01. um 12.00 Uhr ein und ich hätte sonst die Behandlung dieses Antrages womöglich nicht durchführen können. Das wäre für den Standort eines neuen Kindergartens in der Pernau sehr schädlich gewesen.

Dieser Kindergarten ist ein Meilenstein für die Pernau und die flächendeckende Betreuung der Kinder. Erlauben sie mir etwas weiter auszuholen und die Historie ein bisschen zu beleuchten, weil nicht alle verfügen über das Wissen und die Informationen wie die Mitglieder des Generationenausschusses. Bereits im Kinderbetreuungsentwicklungskonzept 2015 wurde festgehalten, dass in der Pernau ein großer Bedarf an Krabbelstuben- und Kindergartenplätzen besteht. Die Ist-Situation sieht folgendermaßen aus: In der Pernau besteht nur eine Krabbelstubengruppe bei den Kinderfreunden in der Linzer Straße. Im Kindergarten Herderstraße sind vier Kindergartengruppen und im Kindergarten Lessingstraße sind sechs Kindergartengruppen und vier Hortgruppen untergebracht. Der Kindergarten in der Lessingstraße befindet sich aber wirklich in sehr schlechtem baulichem Zustand und die Gruppenräume sind teilweise zu klein, um die erlaubte Kinderanzahl unterbringen zu können. Um jeden Kind in der Pernau einen Kindergartenplatz zuweisen zu können, haben wir zwei Kindergartengruppen vormittags in den Horträumen untergebracht und zusätzlich noch eine Nachmittagsgruppe eingerichtet.

Das hat gut funktioniert, aber auf Dauer sind diese Provisorien natürlich nicht befriedigend – weder für die Kinder noch für die Mitarbeiterinnen. Den Kindergarten Lessingstraße abzureißen, am selben Ort zu bauen und die Kinder in der Bauzeit in der Nähe in Containern unterzubringen, war keine Option. Es ist kein Platz für die Container vorhanden und es würden dadurch Kosten in Höhe von 500.000 Euro entstehen. Diese Kosten entbehren jeder Nachhaltigkeit. Daher wurde ein Grundstück für einen Neubau gesucht. Die Mitarbeiter der Stadtentwicklung traten in Verhandlungen mit etlichen potenziellen Grundstücksverkäufern. Leider musste festgestellt werden – es ist kaum zu glauben -, aber zurzeit will niemand Grund verkaufen oder nur zu Preisen, die weit, weit über den Schätzgutachten liegen, verbunden mit Zugeständnissen, auf die nicht eingegangen werden konnte.

Ein Grundstück wurde uns tatsächlich zum Kauf angeboten. Dieses stellte sich leider als nicht geeignet heraus, weil es an der Stadtgrenze zu Marchtrenk situiert gewesen wäre, ohne Infrastruktur und ohne Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz – also nicht brauchbar. Auch der Bereich des Zentralen Betriebsgebäudes wurde geprüft, aber hier

zeigte es sich, dass das Gelände dafür nicht geeignet ist. Die Gründe dafür entnehmen sie bitte ihren Unterlagen.

Die Stadtentwicklung hat schlussendlich das Areal des Kaiserschützenparks als geeigneten Standort vorgeschlagen. Aufgrund der Bedarfsentwicklung und des sehr schlechten Zustandes des Kindergartens Lessingstraße müssen nun die Sofortmaßnahmen für einen Neubau dringend in Planung gegeben werden. Es muss noch heuer mit dem Bau begonnen werden, damit im Sommer 2020 die Übersiedlung stattfinden und Anfang September 2020 der reguläre Betrieb aufgenommen werden kann. Wäre im Herbst 2019 kein Baubeginn möglich, würde zumindest ein weiteres Jahr verloren gehen, denn eine unterjährige Übersiedlung würde den regulären Betrieb empfindlich und erheblich beeinträchtigen. Auch der darauf folgende Neubau des Kindergartens Lessingstraße auf dem alten Standort würde sich in der Folge verzögern und die qualitative und quantitative Versorgung in der Pernau würde erst sehr viel später erreicht werden können.

Es muss daher unverzüglich geplant werden. Deshalb wurde rasch ein Auswahlverfahren für die Architekturplanung gestartet. Entsprechend den Vorschriften des Bundesvergabegesetzes im Unterschwellenbereich erfolgte die Beschaffung und Vergabe als Direktvergabe. Sechs Architekten wurden eingeladen und nach Abschluss der Präsentation wurde von der Dienststelle Facilitymanagement und der Jury die Vergabe der Architekturplanungsarbeiten an die Fa. Delta Projektconsult GmbH, Wels, Kalkofenstraße 21, zur Bruttoangebotssumme von 115.200 Euro vorgeschlagen.

Im Generationenausschuss am 03. Dezember 2018 wurde dieser Tagesordnungspunkt ausführlich besprochen. Die anwesenden Mitarbeiter der Fachabteilungen haben alle Fragen der Mandatare beantwortet und die FPÖ- und ÖVP-Ausschussmitglieder haben zugestimmt. Die SPÖ-Fraktion hat sich wegen der notwendigen Beratung in der Fraktion der Stimme enthalten. Die zeitgerechte Vorlage des Tagesordnungspunktes in Form eines Amtsantrages war wegen ausstehender Gutachten nicht möglich. Die Gutachten für das Widmungsverfahren sind mittlerweile eingetroffen.

Auf diese möchte ich kurz eingehen: Im Luftqualitätsgutachten, basierend auf den Ergebnissen der Messstelle Linzer Straße 85 wird bescheinigt, dass die Luftqualität im Bereich des geplanten Kindergartens als gering bis mittel belastet beurteilt werden kann. Alle Mittelwerte unterschreiten die Grenzwerte erheblich. Bei Feinstaub wird der Grenzwert an acht Tagen des Jahres 2018 an dieser Messstelle überschritten. Erlaubt sind 25 Tage laut Bundesimmissionsschutzgesetz.

Für das Gutachten der Verkehrsplanung hat eine Vergleichszählung zwischen dem Kindergarten Laahen in der Oberfeldstraße und des geplanten Kindergartenortes stattgefunden. Die Frequenz in der Oberfeldstraße beträgt 12.000 Kraftfahrzeuge täglich mit einem Schwerverkehrsanteil von 4 %. In der Ghegastraße, Höhe Kaiserschützenpark, ist die Frequenz täglich 5500 Kraftfahrzeuge, allerdings mit einem Anteil des Schwerverkehrs von 12 %. Deshalb werden Maßnahmen getroffen, wie zusätzliche bzw. Verlängerung der bereits vorhandenen 30-km/h-Beschränkungen, zwei Schutzwege in der Negrellistraße, Fahrbahnverengung, Stopptafeln etc.

Das sehr umfangreiche Lärmschutzgutachten – dessen Endfassung noch nicht aufliegt, allerdings bald einsehbar sein wird – besagt, dass „bei Einhaltung der Schallschutz-

maßnahmen, wie Lärmschutzwand, Dreifachverglasung und kontrollierte Raumbelüftung das Grundstück für eine Bebauung mit einer Kinderbetreuungseinrichtung aus schalltechnischer Sicht geeignet ist“ - ein Zitat aus diesem Gutachten. Diese Maßnahmen (Lärmschutzwand, Dreifachverglasung und kontrollierte Raumbelüftung) hat der Architekt bereits in seinem ersten Entwurf berücksichtigt. Das Gebäude und die Schallschutzwand werden sogar laut Gutachten eine Abschirmung des Lärms für die angrenzenden Wohnhäuser darstellen.

Es kann überhaupt gesagt werden, der Kindergarten wird eine Aufwertung des Areals bedeuten. Der erste, sehr innovative Entwurf des Architekten zeigt bereits, dass dieser Kindergarten ein tolles Angebot besonders für die Familien darstellt, die in der nahen und weiteren Umgebung wohnen. Besonders aber für die Eltern, die in den angrenzenden Betrieben arbeiten. Durch die Positionierung des Baukörpers und der Geschlossenheit zur Straße hin wird die Lärminderung gut erreicht. Die Ausrichtung des Gartens nach Süden und Osten ist ideal für die Kinderbetreuungszeit und mit dem Erhalt der Bäume wird der Parkcharakter unterstrichen.

In der Stellungnahme der Blaublichtorganisationen (Polizei, Rettung, Feuerwehr) wurden ebenfalls keine Gründe gegen die Errichtung des Kindergartens geäußert.

Ich ersuche daher die Planungsmaßnahmen anzugehen und den beiliegenden Vertrag mit der Fa. Delta Projektconsult, Wels, Kalkofenstraße 21, betreffend Vergabe der Planerleistung für das Projekt Kindergarten Pernau und laut Abänderungsantrag auch auf einem anderen Grundstück zu beschließen. Ich will, dass er beschlossen wird, weil wir sonst zu viel Zeit verlieren. Der Architekt soll unbedingt mit der Planung beginnen. Bitte um Beschlussfassung.

Vzbgm. Huber: Was soll ich jetzt sagen? Natürlich wissen wir alle - auch wir von der SPÖ-Fraktion - wir haben einen dringenden Bedarf für mehr Kindergartenplätze und Krabbelstubenplätze in der Pernau. Ich bin Pernauerin und ich habe noch keinen einzigen Pernauer getroffen, der meint, das ist ein guter Standort. Es gibt sogar eine Unterschriftenaktion, bei der 300 Welsler gegen den Kindergartenstandort in der Pernau unterschrieben haben. Mich stimmen der Informationsfluss und der Dialog traurig. Vor gut einer Woche sprachen wir bei der Stadtsenatsklausur über dieses Thema und der Herr Bürgermeister meinte in seiner charmanten Art: „Silvia, du wohnst dort, kümmere dich ein bisschen darum und schau, ob du nicht irgendeinen Grundbesitzer findest, der vielleicht doch Grund verkauft.“ Der Wunsch des Bürgermeisters ist mir natürlich Befehl. So habe ich mich auf den Weg gemacht und bin noch heute mit GR. Christian Kittenbaumer zu einem Grundstücksbesitzer gefahren. Wir haben diesen bezüglich eines Grundstücksverkaufes gefragt unter diesem auch für ihn derzeit nicht denkbaren Standort. Die Antwort war kein nein - das macht ein bisschen Hoffnung!

Ich denke Herr Bürgermeister, wir sollten noch einmal gemeinsam das Gespräch mit diesem Grundeigentümer suchen und in konkrete Verkaufsverhandlungen eintreten. Das war für mich ein kleiner Hoffnungsschimmer!

Auf meiner Tour durch die Schafwiesen und Pernau habe ich mir den Kindergarten in der Herderstraße noch einmal angesehen. Dort sind 6.900 m² Grund und daher frage ich mich, warum wir nicht straßenseitig den ersten Kindergarten bauen? Dann bauen wir den Kindergarten in der Lessingstraße oder übersiedeln einen Teil der Kinder des

Kindergartens Herderstraße und fangen dort zu bauen an. Eine Kindergartengruppe braucht 500 m² Grundfläche. Wir haben auf diesem Standort 6.900 m² Grund, d.h. wir könnten 10 - 11 Gruppen bauen (2 Kindergärten). Das wäre auch eine Option.

Als Parkreferentin habe ich mir schweren Herzens den Park am Haidlweg angesehen, ein uns gehörendes Grundstück von 3.600 m². Natürlich müssten wir dort Ersatzflächen suchen, weil dieser Park mit einem Funcourt für die Jugendlichen ausgestattet ist. Wir brauchen für die Jugendlichen auch Flächen. Neben der VHS Pernau befinden sich Felder - vielleicht könnten wir ein Stückchen davon pachten, damit wir dort den Funcourt aufstellen können. Ich denke, es gibt ein paar Funken Hoffnung noch weiter zu diskutieren und wir schnell diese Gespräche suchen sollten.

Wenn es heute diesen Abänderungsantrag gibt, so glaube ich, dass jedes Grundstück eine andere Planung braucht. Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Tagesordnungspunkt noch einmal in den Generationenausschuss zu verweisen, die Gespräche sehr rasch zu führen und dann zu starten.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Huber auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 11) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

11 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)
gegen 21 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP- Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Humer und GR. Dr. Csar waren bei der Abstimmung zu o.a. Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Dieses Thema Kindergarten begleitet uns schon eine ganze Weile. Der Hintergrund ist klar. Wir haben in der Pernau derzeit zwei Kindergärten, die beide „am Ende ihrer Lebensdauer“ sind bzw. eine Sanierungsbedürftigkeit in sehr hohem Ausmaß vorhanden ist. In den vergangenen Jahren diskutierten wir immer wieder darüber, wie wir optimal sanieren. Zuerst gab es die Möglichkeit, es wird nur saniert und nicht abgerissen, dann kam wieder der Neubau ins Spiel. Tatsache ist, dass es auch aufgrund der budgetären Notwendigkeiten in den Jahren bis 2015 keine budgetäre Bedeckung dafür gab. Es wurde immer wieder verschoben.

Wir haben uns dann sehr einstimmig zu einem Investitionsschub in der Pernau bekannt, da diese Kindergärten saniert gehören. Es stellte sich die Frage, wie das gemacht werden soll? Wenn wir einen Kindergarten umreißen, brauchen wir ein Ersatzquartier für die Kinder, die bis jetzt in diesem Kindergarten waren. Dieses Ersatzquartier zu suchen ist aufgrund der strengen gesetzlichen Vorgaben (Größe, kindergerecht, Größe des Gartens etc.) nicht ganz einfach. Wir wissen aus dem Neubau des Kindergartens Noitzmühle, wie finanziell aufwendig das dafür benötigte Containerdorf war, welches den Kindergarten sozusagen ersetzte.

Die Kosten dafür wären um die 500.000 Euro nur für Sanierung Kindergarten Lessingstraße und Herderstraße. Dieses Geld könnte aus meiner Sicht und aus Sicht aller Beteiligten besser in ein Neubauprojekt gesteckt werden, noch dazu wenn man weiß, dass ein Neubau 2 bis 2,5 Mio. Euro kostet. Wir haben uns daher schon vor zwei Jahren auf die Suche nach einem Ersatzgrundstück gemacht. Hier hat Herr W.OAR Helmreich herausragende Arbeit geleistet, denn wir führten nicht nur Verhandlungen bezüglich eines Grundstückes in der Herderstraße, sondern auch das Zentrale Betriebsgebäude wurde auf dessen Eignung als möglichen Standort geprüft. Auch bei der Firma Lugmayr wurde ein möglicher Standort gesichert. Ich selbst war zwei Mal bei diesem von Vzbgm. Huber angesprochenen Bauern und da merkt man, sie ist mit der Pernau doch wesentlich länger verhaftet als ich, weil sie offensichtlich Gehör gefunden hat – ich nicht! Das muss ich freudig zur Kenntnis nehmen, denn wenn es diese Möglichkeit gibt, muss man diese nutzen.

Genau aus diesem Grund ist es zielführend die Planung zu starten. Aber wir starten sie so, dass eine alternative Verwendung möglich ist. Ob das Grundstück zum Kauf steht oder nicht, kann in den nächsten zwei, drei oder vier Wochen abgeklärt werden. Das ist nicht das große Thema. Wenn wir hier jetzt aber einen Beschluss nicht fassen, dann bedeutet das wieder eine Verzögerung von mehreren Monaten. Es wurden bereits Vorarbeiten geleistet. Silvia hat es mit ihrer charmanten Art geschafft „die Türe einen Spalt bei einem Bauern aufzumachen“. Jeder, der die Grundverhandlungen mit den Bauern kennt weiß, dass das eines der schwierigsten Dinge überhaupt ist. Nützen wir diese Gelegenheit und versuchen wir es.

Tatsache ist, dass wir uns bemühen und auf die Chance noch eingehen. Das ändert aber nichts daran, dass der Kaiserschützenpark in seiner Gesamtkonfiguration als Grundstück geeignet ist. Es gibt natürlich schönere Grundstücke in der Stadt Wels, allerdings stehen sie nicht zur Verfügung. Wenn ich nach zwei Jahren kein einziges Grundstück mit Verkaufsbereitschaft zu halbwegs akzeptablen Preisen finde, dann müssen wir das nehmen was vorhanden ist. Spricht kein sachlicher Grund dagegen und die Lärm- und Luftwerte, die Verkehrslösung passen und die Blaulichtorganisationen keine Einwände haben, muss ich sagen und gebe Johnny Recht, es ist nicht die beste Option weil es vielleicht bessere gibt - nur wir haben sie halt nicht! Sie stehen nicht zur Verfügung und sie stehen nicht zum Verkauf. Aufgrund des Antrags im Dezember haben wir uns nochmals bemüht weitere Grundstücke zu finden. Allerdings brachte das keinen Erfolg.

Es ist auch das Grundstück Haidweg nicht wirklich geeignet. Das ist der Spielplatz der Jugendlichen der Haidwegsiedlung. Hunderte Jugendliche spielen dort regelmäßig. Es ist dort ein Funccourt aufgestellt und es gibt keine Ersatzflächen. Wir können zwar die umliegenden Bauern fragen, ob sie uns Ersatzflächen zur Verfügung stellen. Tatsache ist, nach jetzigem Kenntnisstand stellen sie uns diese nicht zur Verfügung, weil sie nichts verkaufen. Das kann ich in der jetzigen Situation verstehen. Tatsache ist, wir können auch das probieren. Wenn wir alle Variablen ständig abklären, wird es nie weitergehen. Deshalb bin ich dafür diesen Beschluss heute in diesem Rahmen zu fassen.

Zur Unterschriftenaktion möchte ich sagen, dass diese Bedenken der 300 Bürger ernst genommen werden müssen. Wenn der Kindergarten tatsächlich in den Kaiserschützenpark kommt, halte ich es für sehr sinnvoll eine Bürgerversammlung abzuhalten und ganz konkret auf die dort geäußerten Bedenken einzugehen. Die

Ergebnisse der Messwerte sind darzulegen und zu erklären, dass dieses und jenes gelöst wurden und keine Gefahr besteht. Als Politiker haben wir durchaus die Aufgabe Vorbehalte der Bevölkerung, die unserer Meinung nach auf eingeschränkte Informationen beruhen, diese Informationen zur Verfügung zu stellen und aufzuklären. Es wird sicher in der Pernau notwendig sein Aufklärungsarbeit entsprechend zu leisten und unsere Informationen weiterzugeben.

Zusammenfassend stelle ich die Frage: Will man einen Kindergarten, weil Kinderbetreuungsplätze fehlen? Möchte man diesen, muss er auf die bestmögliche zur Verfügung stehende Fläche gebaut werden. Derzeit ist es der Kaiserschützenpark. Sollte sich in zwei bis drei Wochen eine Veränderung herausstellen, so werden wir auch mit der erst am Anfang stehenden Planung reagieren können.

Beim Kindergarten Herderstraße haben wir ein großes Grundstück, natürlich ist dort der Ausbau des Kindergartens geplant. Es wird hier so getan, als hätten wir nur geringfügige Unterkapazitäten. Wir wissen, wir brauchen gerade in der Pernau sehr viele Betreuungseinrichtungen, denn wir haben dort eine Nachmittagsbetreuung, die ebenfalls entsprechend adaptiert gehört. Im Kindergarten in der Herderstraße können wir keine ordentliche Nachmittags- und Kinderbetreuung umsetzen. Das wollen wir auf diesem Grundstück auch tun. Wenn wir das tun, haben wir keinesfalls Platz einen weiteren Kindergarten in diesem Bereich zu errichten.

Denken wir ein bisschen visionär, so ist die Pernau in fünf bis zehn Jahren einer jener Wohngebiete, die stark expansiv sind. Wir haben noch Flächen zur Verfügung. Spätestens in fünf Jahren, wenn diese Flächen verbaut sind, werden wir das Problem haben wieder einen Kindergarten zu brauchen und wieder keine Grundflächen dafür zur Verfügung zu haben. Deshalb habe ich das Problem nur aufgeschoben und nicht behoben. Das gehört in diesem Zusammenhang berücksichtigt, weshalb dieser Vorschlag mit der Herderstraße zwar gut gemeint ist, aber aus meiner Sicht ohnehin verwirklicht werden soll, wenn wir tatsächlich den Kindergarten Herderstraße sanieren. Das soll in einem Zug erfolgen.

Deshalb der einfache Plan: Haben wir das Grundstück, bauen wir den Kindergarten neu, übersiedeln die Kinder vom alten in den neuen Kindergarten, bauen einen zweiten Kindergarten neu, übersiedeln die Kinder vom dritten Kindergarten in den zweiten Kindergarten und bauen den dritten Kindergarten neu. Das ist der Plan, ohne ein Containerdorf zu errichten und ohne wahnsinnig übertriebene Verwaltungsaufwände zu haben, somit einen geordneten Ablauf schafft und den Kindern immer die beste Qualität zur Verfügung steht. Deswegen bin ich dafür diese Planung so rasch wie möglich zu beginnen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Scheinecker, BA: Wir haben diese Stellungnahmen erst heute um 10.30 Uhr erhalten und hatten dadurch wahnsinnig viel Zeit uns durch diese insgesamt 60 Seiten durch zu wälzen. Irgendwo fand ich folgende Stellungnahme des Roten Kreuzes: „Inwieweit es im Rahmen einer gewünschten Lebensqualität sinnvoll ist einen Kindergarten inmitten eines Dreiecks mit viel Lärm und fahrenden Schwertransportern zu bauen, bleibt den Entscheidungsträgern vorbehalten.“

Ich möchte auf das eingehen, was der Herr Bürgermeister gerade sagte. Einiges davon ist richtig und vieles davon – sogar das meiste - würde ich auch unterstreichen. Da sind wir schon beim Kern des Problems - die gemeinsame Diskussion! Es ist großartig bei der Gemeinderatssitzung, bei der wir mit einem Dringlichkeitsantrag die Planung eines „Legohauses“, welches wir wo auch immer hinstellen, beschließen wollen und wir draufkommen, es gäbe möglicherweise Gesprächspartner, die sich anscheinend leichter täten.

Hätten wir die Diskussion von Anfang an anders, chronologischer geführt und nicht aus der Zeitung erfahren, dass wir in den Kaiserschützenpark einen Kindergarten bauen, wäre es sinnvoller gewesen. Zwei Wochen später findet eine Ausschusssitzung statt, in der die Gemeinderäte und politischen Entscheidungsträger darüber informiert werden. Der Zeitung kann dann entnommen werden, wer das Ganze plant. Informationen, über die wir entscheiden sollten, sind in einer Reihenfolge eingelangt, bei der man eigentlich nicht mithalten hätte können. Es ist schön, dass hier so viele unterschiedliche Personen sitzen, die in einem politischen Entscheidungsprozess mitwirken sollten. Wir alle haben andere Zugänge, andere Gesprächspartner und vielleicht auch bessere Zugänge zu etwaigen Grundstücksbesitzern. Wenn wir anfangen würden in einer Chronologie zu arbeiten, die dem wichtigen Thema gewidmet und gewachsen wäre, hätten wir uns vielleicht viele dieser Diskussionen tatsächlich ersparen können.

Das große Problem mit dem Grundstück wurde bereits angesprochen. Beim Kaiserschützenpark verzichten wir auf der einen Seite auf den Gehsteig, damit wir überhaupt eine Mindestgröße haben, um dort einen Kindergarten errichten zu können. Das ist alles nicht so einfach und eigentlich ist dieser Park schon die minimale Untergrenze. Wir lesen überall, wir brauchen eine Kindergartenoffensive. Über den uns schon im Dezember vorgelegten Amtsbericht wurde ursprünglich diskutiert. Dazu stellten wir sehr viele Fragen, die uns in den meisten Gutachten heute beantwortet wurden. Das Lärmschutzgutachten bekamen wir kurzfristig.

In diesem Amtsbericht wird auf die Notwendigkeit von Kinderbetreuungsplätzen eingegangen und in diesen ist zu lesen, wir haben in Wels eine Warteliste für Krabbelstubenplätze von 136 Kindern. Der neue Kindergarten - größer kann er nicht sein - hat 5 Kindergartengruppen und 1 Krabbelstube, d.h. 10 Krabbelstubenplätze. Das ist die große Offensive, dass von den 136 Kindern nicht einmal 10 % ein Platz angeboten werden kann? Dann bauen wir den Kindergarten Lessingstraße auch irgendwann einmal um. Nur das wissen wir nicht seit gestern, denn meine erste politische Erfahrung im Gemeinderat war eine Aktuelle Stunde zum Thema Kleinstkinderbetreuung. Eine Anfrage dazu stellte damals (vor fünf Jahren) auch meine neue Kollegin Mag. Schindler.

Wenn ich mir ansehe, wie wir zu politischen Entscheidungsprozessen kommen, dann finde ich das armselig. Wir sollten endlich miteinander ins Gespräch kommen und so das bestmögliche Ergebnis für die Welser erreichen.

GR. Kroiß: Meine Kollegin, Laurien Scheinecker, hat eben von der Blaulichtorganisation Rotes Kreuz gesprochen. Dazu haben wir eine E-Mail erhalten, wo die bodengebundene Erreichbarkeit für den Rettungs- und Notfalldienst aufgrund des besten vorhandenen Straßennetzes gegeben ist. Das heißt, würden wir jetzt auf einem Grundstück irgendwo

am Rande von Wels einen Kindergarten bauen, würden die Einsatzfahrzeuge viel länger brauchen.

Es sind derzeit 136 Kinder auf der Warteliste, aber diese Kinder sind zum Teil erst geboren und wurden von den Eltern ehest möglich für Plätze angemeldet. Ich habe meinen Sohn auch mit einem Monat angemeldet – das ist heute schon ganz normal. Daher ist diese Zahl nicht wirklich aussagekräftig.

Wir hörten soeben, dass wir schon seit fünf Jahren ein Grundstück suchen. Aber bitte, der Referentin trifft nicht die Schuld keinen passenden Grund in der Pernau gefunden zu haben. Die Verhandlungen laufen seit mittlerweile zwei Jahren und jetzt sind wir beim Kaiserschützenpark. Dieser ist vom Verkehrsnetz ideal gelegen, dahinter ist eine große neue Wohnsiedlung entstanden. Anrainer wohnen dort schon sehr lange und sind glücklich. Warum reden wir dieses Grundstück jetzt so schlecht? In den Medien ist zu lesen, dass wir hier den Kindern keine idealen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. Aber stellen sie sich vor, sie wohnen dort und hören ständig von Vertretern der Stadt, dass das keine idealen Rahmenbedingungen zum Heranwachsen der Kinder sind. Das stimmt doch nicht! Wir sind davon überzeugt einen idealen Standort gefunden zu haben. Meinungen gehen nun mal auseinander – das ist so.

GR. MMag. Rumersdorfer: Auch ich habe meine Kinder unmittelbar nach der Geburt in der Krabbelstube angemeldet. Ich weiß, es gibt andere Städte und wir sollten uns aber nicht mit Lorbeeren schmücken. Denn es gibt z.B. keine Möglichkeit irgendwie einen Krabbelstubenplatz zu ergattern, wenn Frauen spontan früher zu Arbeiten beginnen möchten.

Ich war erstaunt bis jetzt noch immer nicht alle Informationen zu haben, denn ich hatte zumindest gedacht, der erst um 10.30 Uhr zugestellte Amtsbericht enthält alles für eine Entscheidung Notwendige. Allerdings wusste ich nichts von einer Frequenzmessung. Keine Ahnung, wo diese liegt, genauso wenig wie die Lärmmessung – ich habe sie nicht erhalten! Die vorhandenen Gutachten sind zum großen Teil Einschätzungen. Es ist so eine Schnell-Schnell-Aktion. Ende November war die Pressekonferenz, die Ausschüsse wurden alle möglichst gleichzeitig und schnell vor Weihnachten einberufen.

Ich versuchte zu Beginn des neuen Jahres Infos einzuholen. Mir wurde gesagt, dass das nicht geht und ich morgen die Fragen an den Ausschuss stellen soll, um die Informationen dieser Gutachten einzuholen. Heute wird er beschlossen. In welchem Ausschuss hätte ich meine Fragen stellen sollen? Dieser Dringlichkeitsantrag kam heute früh, unmittelbar vor der Gemeinderatssitzung – demokratiepolitisch ist das nicht unbedingt eine Stärke.

Als Pernauerin fuhr ich heute rund um den Kaiserschützenpark. Er ist tatsächlich nicht die beste Lage. Im Industriegebiet wird ausgebaut und das Verkehrsaufkommen wird dadurch sicher nicht weniger. Ich weiß nicht, ob es eine Verkehrsmessung gibt, die untersucht was es bedeutet, wenn 100 Autos an dieser Stelle parken, halten und wieder wegfahren. Auch diese Verkehrsstrommessungen sollten durch Experten vorgenommen werden. Ganz unbeachtlich ist sicherlich auch nicht der 12%ige Schwerverkehr. Wie man den Altbestand der Bäume erhalten möchte, da diese mitten am Grundstück stehen, bin ich sehr gespannt. Wie soll man diese nicht umschneiden können und den Kindergarten dort bauen? Ich bin sehr froh um jeden Baum, der in diesem Gebiet erhalten bleibt.

Wir haben vorhin von der Herderstraße und den 7.000 m² gesprochen. Warum haben wir diesen nicht schon vorher ausgebaut, denn diese Problematik besteht nicht erst seit gestern. Der Kindergarten auf diesem Dreieck ist nicht ausbaufähig. Wir haben zwar dann unseren Kindergarten, stehen aber wieder an. Es wäre an der Zeit ein ausbaufähiges Grundstück zu suchen, auch wenn die Bauern ihre Gründe nicht verkaufen wollen.

StR. Josseck-Herdt: Das machen wir doch!

GR. MMag. Rumersdorfer: Aber nicht auf diesem Dreiecksgrundstück!

StR. Josseck-Herdt: Dieser Kindergarten ist groß genug.

GR. MMag. Rumersdorfer: Zum eingebrachten Punkt 5. - wir machen eine Planung und schauen dann, ob wir ihn nicht woanders hinstellen können – bin ich froh über jede vorhandene Grundstücksidee. Grundsätzlich sind wir natürlich nicht gegen den Ausbau der Kinderbetreuung, aber nach der derzeitigen Faktenlage können wir dem nicht zustimmen.

GR. Ganzert: Ich kann sehr viel Gesagtes meiner Kolleginnen, Frau Scheinecker, BA und Frau MMag. Rumersdorfer, unterstreichen. Vor allem, auch die SPÖ-Fraktion steht für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und die qualitative und quantitative Erweiterung. Wenn Frau GR. Kroiß meint, es sei ein Fehler der letzten fünf Jahre, dann meint sie wahrscheinlich ein Fehler der Koalition: drei Jahre StR. Josseck-Herdt und drei Jahre StR. Zaunmüller. Die Personifizierung auf die letzten fünf Jahre ist nicht mein Zugang.

Ich hätte auch noch einmal die Dramaturgie dieses Amtsberichtes verdeutlicht – auch für die Zuhörer -, wenn der Bürgermeister sagt es ist wichtig, es hat eine große Bedeutung und was hier in diesem Gremium in solch einer Angelegenheit geschafft wird.

Es stimmt, es gibt im Hause Magistrat engagierte Mitarbeiter, die ihre Pflicht erfüllen und sehen, ob sie das Beste flächenmäßig und leistbar erzielen können. Ich kann mich an einen Finanzausschuss erinnern, bei dem es um einen Kaufvertrag bezüglich eines Grundstückes ging. Wir hätten versucht mit den notwendigen finanziellen Mitteln eine entsprechende Fläche in der Pernau zu ergattern, um dort den Standort zu ermöglichen. Dann war es eine Weile ruhig - zumindest dem Generationenausschuss und uns als Fraktion sind keine weiteren Informationen zuteil geworden.

Ende November fand eine Pressekonferenz über den Neubau des Kindergartens mit Bgm. Dr. Rabl, StR. Josseck-Herdt und StR. Lehner statt. Es war in dieser Mitteilung auch schon zu lesen, dass die Fa. Delta den Zuschlag erhält. Wir haben uns darüber gewundert, denn es gab dazu weder eine Einladung zum Ausschuss noch einen Amtsbericht. Wir erhielten vier Tage vor dem Ausschuss die Einladung und waren froh, dass auch Fachexperten anwesend waren. Daraufhin wurde eine lange, interessante Diskussion geführt, aber so richtig glücklich war niemand. Auch aus den zustimmenden Fraktionen war zu hören, dass das nicht der ideale Standort sei und ihnen etwas anders lieber wäre. D.h. die Diskussion war sehr „zwiespältig“.

Wir sind dann hinausgegangen, weil es uns zu kurzfristig war und haben für die Zukunft ersucht, da wir gerne zur Hilfe bereit sind, zuerst eine Diskussion im Ausschuss zu führen und bei Beschluss erst die Medien zu informieren wer den Zuschlag bekommen soll. Wegen der Kurzfristigkeit haben wir uns der Stimme enthalten, um es in der Fraktion noch einmal durchzudiskutieren. Ich glaube vor November wusste niemand wo der Kaiserschützenpark ist. Zyniker bezeichnen das als Verkehrsinsel oder Busumkehrschleife. Wir haben uns vorgenommen darüber eine Diskussion in der Fraktion zu führen und waren verwundert, dass sich dieser Antrag nicht auf der Einladung zur Sitzung des Gemeinderates am 18. Dezember befand. Es wurde zuerst begründet, es muss schnell gehen, es muss sich alles ausgehen, daher müssen wir Nägel mit Köpfen machen.

Wir diskutierten in der Fraktion darüber und es gab sehr starke Gegenargumente hier überhaupt einen Kindergarten betreiben zu können. Der Bürgermeister meint heute, es gäbe vielleicht ein besseres Grundstück, vielleicht kann etwas gemacht werden - daher der Abänderungsantrag. Würde der Bürgermeister und die Regierung das ernst meinen, dann hätten sie diesen Antrag bereits im Dezember gestellt, weil sie gewusst hätten wie dringend es ist. Es hat scheinbar damals noch nicht alle Erkenntnisse gegeben, um am angegebenen Standort zu bauen. Es hätte bereits im Dezember gesagt werden können hinter der Forderung für einen Kindergarten in der Pernau zu stehen. Wenn die verschiedenen Gutachten, Aktenvermerke und ähnliche Details noch benötigt werden, hätte es so gemacht werden können.

Der Bürgermeister gibt das faire Angebot an Frau Vizebürgermeister Huber, sie soll sich als geschätzte Pernauerin vor Ort darum kümmern. Ihrem Charme ist es zu verdanken, dass wir heute in letzter Minute doch noch über alternative Grundstücke ehrlich diskutieren können, weil eine Gesprächsbereitschaft vorhanden ist. Was macht der Bürgermeister mit der Opposition im Gemeinderat? Er stellt einen Dringlichkeitsantrag, wobei der Generationenausschuss, die Fraktionsobleute vorher nicht informiert werden. Dieser Antrag wird am Freitag um 12.35 Uhr (laut Eingangsstempel BdB) abgegeben.

Heute bekam ich als Fraktionsvorsitzender um 08.43 Uhr ein E-Mail mit diesem Antrag, d.h. weniger als sieben Stunden bis zur Gemeinderatssitzung. Es wird versucht sich die Unterlagen durchzulesen. Um 10.36 Uhr kommt die nächste E-Mail - weniger als fünf Stunden verbleiben bis zur Gemeinderatssitzung. Damit wurden wichtige Informationen ergänzt. Es wird bei dieser Investitionshöhe und diesem wichtigen Thema innerhalb dieser wenigen Stunden eine Beschlussfassung erwartet und dass wir alle über den Expertenstatus verfügen um das durchzulesen, zu bewerten und uns interfraktionell eine Meinung zu bilden.

Das Rote Kreuz sagt, dass die bodengebundene Erreichbarkeit für den Rettungsnotfalldienst aufgrund des bestens vorhandenen Straßennetzes gegeben ist. Das ist eine Straße, welche zum Kindergarten führt. Ich kenne keinen Ort, wo die Rettung mit dem Hubschreiber kommen muss, weil die Eltern die Kinder mit dem Hubschrauber hinbringen bzw. dort hinschwimmen müssen. Diese Stellungnahme ist eine Standardaussage und erhalten wir bei jeder Anfrage, die an die Blaulichtorganisationen gestellt werden.

Auch die Polizei erkennt keine sicherheitstechnischen Probleme. Aber sie bieten uns an, Mitarbeiter des kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes zu schicken. Sie beraten uns

dann, welche Glasstärke wir verbauen dürfen oder ob wir ein Sicherheitsschloss brauchen. Daraus ersehen wir, die nehmen das gar nicht ernst. Es sind pro forma vorgeschobene Stellungnahmen und es wird nun versucht diese zu zelebrieren und irgendwie etwas Positives herauszubekommen.

Jetzt sind wir im Gemeinderat, haben einen Dringlichkeitsantrag mit sehr wichtigem Thema vorliegen. Deshalb möchten wir die Angelegenheit diskutieren und die Dringlichkeit muss auf alle Fälle gegeben sein. Frau Vzbgm. Huber meldet sich pflichtbewusst zu Wort, informiert über den neuesten Stand der Dinge und meint, mit diesen Erkenntnissen würden wir es jetzt zu einer echten Lösung bringen, mit der wir wahrscheinlich einstimmig etwas für den Stadtteil Pernau, für die Kinderbetreuung und unsere Kinder tun können. Aber auch diese Chance wird vertan, die Ausschusszuweisung wird abgelehnt. Ich hoffe ihr Engagement in Bezug auf die Grundreserven hat mehr Bestand bei der aktuellen Regierung.

Die SPÖ-Fraktion spricht sich in keiner Art und Weise gegen den Neubau und gegen die Schaffung von qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplätzen aus. Aber mit dem Stil, in weniger als sieben Stunden bzw. fünf Stunden ständig die Themen mit Dringlichkeitsanträgen „durchzupeitschen“, ist eine für die SPÖ-Fraktion nicht nachvollziehbare Vorgehensweise. Uns sind diese Themen wirklich ernst ist und wir wollen unsere eigenen Experten fragen, um es ordentlich beurteilen zu können. Diese Stellungnahmen können nicht in fünf Stunden in all dieser Detailtiefe entsprechend begutachtet werden. Darum ist es mir nicht verständlich, wenn Stellungnahmen ein Projekt unterstreichen sollen, warum diese nicht bei Vorliegen dem ganzen Gemeinderat zu Verfügung gestellt werden, um ordentlich darüber diskutieren zu können. Dadurch wäre diese heute geführte Debatte schon um einiges entkräftet.

Das sind alles Anzeichen ganz bewusst nicht auf die Unterstützung oder einstimmige Meinung und eine vernünftige Position Wert zu legen. Sondern in gewohnter Manier wird diese Sache durchgepeitscht. Man kommt darauf, dass Kinderbetreuung doch wichtig ist, nimmt das Geld dafür in die Hand. Manchmal würde ich mir wünschen, der Kindergarten wäre ein Amtsgebäude, weil dann die Preisfrage eine andere wäre und es würden vorher gemachte Zusagen nicht mehr als so eng gelten.

Insofern wollte ich nur mit meiner Wortmeldung die Dramaturgie dieses Amtsberichts und dem vorzüglichen Vortrag von Kollegin GR. Scheinecker, BA noch einmal Nachdruck verleihen. Wir werden uns beim Abänderungsantrag der Stimme enthalten, weil es uns nicht vorstellbar ist bzw. kann uns technisch nicht so dargestellt werden, dass diese Formulierung vom Planungsbüro technisch einwandfrei durchgeführt werden kann. Auch beim Hauptantrag zur Errichtung dieses Kindergartens auf der bestehenden Fläche werden wir uns der Stimme enthalten. Nicht, weil wir gegen die Entstehung von neuen Betreuungsplätzen sind, sondern wir die Art und Weise nicht nachvollziehen können.

StR. Lehner: Als Planungs- und Baureferent aus meiner Sicht noch ein paar Bemerkungen zum gegebenen Antrag: Wichtig für mich ist heute einen Planungsbeschluss zu beschließen. Für den Realisierungsbeschluss bleibt uns sehr viel Zeit die entsprechenden Gutachten und Expertisen anzusehen und wir treffen noch einen Beschluss zur Umwidmung des Grundstückes. Laut Raumordnungsgesetz ist es notwendig hier eine Sonderwidmung für eine Kinderbetreuungseinrichtung vorzusehen.

Das heißt, die Macht dieses Gemeinderates ist noch voll gegeben. Wir beginnen jetzt mit der Planung für eine kindergerechte Einrichtung und wenn es uns gelingt noch besser geeignete Grundstücke zu finden – Silvia Huber hat hier scheinbar sehr gute Kontakte -, dann ist es natürlich erfreulich eine Planung zu haben, die auf ein anderes Grundstück umgelegt werden kann. Das ist nicht immer, aber in den nächsten Wochen möglich, weil wir ja nicht von einem Gebirgsgrundstück oder Hanglange zu einer ebenen Grundstücksfläche wechseln, und die Planung von den Schwerpunkten, von den Grundsätzen noch verwenden können.

Wir beschäftigen uns seit Jahren mit der Grundstückssuche einerseits für eine Kinderbetreuungseinrichtung in der Pernau. Baudirektor DI Pany und die Mitarbeiter in der Stadtentwicklung haben hier schon intensiv gesucht. Alle wissen, dass wir in der Pernau ein Grundstück suchen. Die Preisfrage darf uns daran nicht hindern. Es geht nicht darum uns den einen oder anderen Euro zu ersparen, aber es geht darum auf Basis der Gesetze zu handeln. D.h. es gibt einen ortsüblichen Preis für gewisse Grundstücke und wir als Gemeinderat nur einen gewissen Zuschlag zu diesem ortsüblichen Preis bezahlen dürfen. Kommt ein Grundstückseigentümer mit einer gewissen Widmungserwartung laut ÖEK für sein Grundstück, können wir als Gemeinderat nicht das Drei-, Vier- oder Fünffache bezahlen, auch wenn wir das im Interesse der Kinder wollen. Wir müssen uns an die ortsüblichen Preise halten. Wir sind zur Sparsamkeit verpflichtet; es gibt dadurch gewisse Einschränkungen Grundstücke betreffend und wir können nicht unbedingt das von uns allen gewünschte Grundstück erwerben – auch aufgrund der Budgetlage.

Wir suchen nicht nur für Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern verzweifelt auch Flächen für Jugendbetreuungseinrichtungen, für Hundefreilaufzonen, Grünschnittsammelstellen und andere für die Gesellschaft notwendige Einrichtungen. Jeder Gemeinderat wird von mir eingeladen, wenn es entsprechende Flächen gibt, diese uns bzw. der Stadtentwicklung zu nennen. Wir brauchen die im Allgemeininteresse notwendigen Flächen in vielen Bereichen. Daher bin ich froh, wenn jetzt neue Flächen in Diskussion kommen – auch in der Pernau für die Kinderbetreuungseinrichtung.

Mir persönlich ist als Wirtschaftsreferent sehr wichtig, dass Kinderbetreuungsplätze arbeitsplatznah sind. Wenn es uns gelingt mit der Kinderbetreuungseinrichtung zu den Arbeitsplätzen der Mütter und Väter zu kommen, damit diese am Weg zur Arbeit die Kinder optimal in eine Betreuung geben können, dann ist das ein guter Standort.

Gelingt es mit Fachgutachten nachzuweisen, dass dieses Grundstück optimal aus fachlicher Sicht geeignet ist, warum sollten wir dieses nicht auch entsprechend verwenden? Wenn es nicht so ist, dann wird es diesen Beschluss in der Widmungsfrage nicht geben, denn bei Zweifel, ob der Kaiserschützenpark für den Bau einer Kinderbetreuungseinrichtung geeignet ist, werden wir das in unserer Verantwortung für die Kleinkinder auch nicht machen.

Danke für die Zustimmung zur Dringlichkeit, denn wir können natürlich noch monatelang diskutieren und natürlich können wir den erforderlichen Mehrbedarf zum Teil in der Herderstraße verwirklichen, aber dieses Basisangebot benötigen wir in der Pernau ganz dringend. Daher jetzt diesen Beschluss für die Größenordnung dieses Kindergartens. Für die weitere Entwicklungsmöglichkeit in der Pernau freue ich mich auf Unterstützung für die Planung Herderstraße und Lessingstraße. Es gibt noch sehr viel zu tun, deshalb bin ich für jedes Engagement und jede Unterstützung dankbar.

GR. Hufnagl: Es wurde bereits sehr viel zu diesem Entstehungsprozess, zu diesem Prozess der Entscheidungsfindung gesagt. Ich möchte das unterstützen, weil Verbesserungspotential enthalten ist, wie hier Entscheidungen getroffen werden bzw. welchen Vorbereitungen und Unterlagen man als Gemeinderat erhält, um fundierte Entscheidungen zu treffen.

Es fielen jetzt einige richtige Argumente fachlicher Natur und ich bin auch der Meinung, dass irgendwann Entscheidungen getroffen werden müssen und nicht ewig diskutiert werden kann. Wir NEOS sind der Meinung, es braucht eine Erweiterung des Angebotes. Als ich im Herbst von der beabsichtigten Errichtung eines Kindergartens im Kaiserschützenpark hörte, sah ich mir das Ganze einmal an und fragte mich, wie sich das alles überhaupt mit dieser Grundstücksgröße ausgeht. Es gibt Richtlinien für die Größe eines sechsgruppigen Kindergartens – ich war damals schon sehr skeptisch. Nun wurde das so hingebogen, damit sich diese Gruppen ausgehen. Zuvor hörte ich, es soll dafür sogar ein Gehsteig geopfert werden. So ideal kann dieser Platz nicht sein, wenn man schauen muss, dass es sich irgendwie ausgeht.

Der Herr Bürgermeister sprach richtigerweise vom Vorausdenken, von Visionen. Ist es jetzt aber wirklich ideal einen Kindergarten auf einen Platz zu stellen, der gerade mit Trickereien die erforderliche Größe erreicht? Für mich ist das keine vorausschauende Planung. Man will diesen Kindergarten unbedingt dort hin bauen, damit die Rochade von einem Kindergarten in den nächsten und dann wieder in den nächsten erreicht wird. Das ist für mich eine Notlösung. Ich habe heute der Zuweisung in den Ausschuss zugestimmt, um vielleicht eine besserer Lösung als den Kaiserschützenpark umzugestalten zu finden. Wenn in die Zukunft gedacht wird, sollte weiter und größer gedacht werden, d.h. Platz für Erweiterungen vorhanden sein. Ich werde mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten und hoffe, es wird noch ein anderes Grundstück mit Erweiterungsmöglichkeit gefunden.

GR. DI Haydinger: Die Emotionen gehen bei diesem Thema nicht nur in der Gemeinderatssitzung, sondern auch in den Medien und in der Bevölkerung sehr hoch. Es signalisiert, dass die Kinderbetreuung in Wels für die meisten von uns ein wichtiges Thema ist. Wir sollten wieder auf den Boden der Realität kommen und daher einige Tatsachen richtigstellen: Das Grundstück ist keine Notlösung, sondern wir reden immerhin über ein Grundstück von 3.500 m². Es hat zufällig eine Dreiecksform und hätte sie das nicht, hätte es vier Straßen als Begrenzung und das wäre schlechter. Immer von einer Verkehrsinsel zu sprechen bei einem Grundstück von 3.500 m² ist meines Erachtens etwas vermessen.

Frau GR. MMag Rumersdorfer sagte, sie sei heute rundherum gefahren und irgendwann ist das endend. Liebe Kollegin, jedes Grundstück ist irgendwann einmal endend und bei dieser Größe kann nicht von einer Verkehrsinsel gesprochen werden.

Kollege Ganzert meinte, wir hätten das Ganze schon im Dezember beschließen können. Wir wollten die letzten Gutachten noch einholen, diese sind uns noch nicht vorgelegen, deshalb vertagten wir es auf Jänner. Die Dringlichkeit deshalb, weil die letzten Gutachten erst gestern bzw. heute eingelangt sind und weil wir endlich diesen Kindergarten planen und realisieren wollen. Ich selbst habe die Unterlagen und Pläne für diesen Kindergarten im Ausschuss bereits gesehen. Sie sind sehr gut gelungen und ich denke, dass die Personen auf der Unterschriftenliste diese Pläne noch gar nicht einsehen konnten. Wir

werden sicher bei Realisierung diese Bevölkerungsgruppe und die Welser dazu einladen, damit durch eine Präsentation alle Ängste und Befürchtungen entkräftet werden können.

Beim Thema Verkehr sollte die Kirche im Dorf gelassen werden, weil wir in einer Stadt mit Verkehrsaufkommen leben. In der Oberfeldstraße gibt es fast doppelt so viel Verkehrsaufkommen, nur der Anteil an Schwerverkehr ist niedriger. Dort befindet sich auch ein Kindergarten. Auch in der Rainerstraße oder in der Herrengasse ist von früh bis spät PKW-Verkehr. Dort steht der Kindergarten an der Grundstücksgrenze und nach hinten hin erstrecken sich die Spielflächen und der Garten.

Ich bin der festen Überzeugung, dieser Standort ist gut und mit der richtigen Architektur wird ein wunderschöner Kindergarten entstehen.

GR. Mag. Teubl: Meines Erachtens ist dieser Dringlichkeitsantrag nichts anderes als ein Zeichen von Unfähigkeit, Fantasielosigkeit und Unverschämtheit.

Vzbgm. Kroiß: Kollege Mag. Teubl, ich darf sie ersuchen auf ihre Wortwahl zu achten!

GR. Mag. Teubl: Die Wortwahl ist sehr wohl berechtigt.

Vzbgm. Kroiß: Nein, sie ist nicht berechtigt.

GR. Mag. Teubl: Die Unverschämtheit besteht darin, dass man die Gemeinderäte eigentlich mit einem Konvolut konfrontiert, das sie nicht gelesen haben können. Die meisten haben einen Beruf und nicht die Möglichkeit zwischen heute Vormittag, 10.30 Uhr und heute Nachmittag, 15.00 Uhr, einen solchen Bericht durchzulesen, entsprechend zu bewerten und in der Fraktion zu diskutieren. Das kann niemand hier getan haben und wer es behauptet lügt. Es tut mir sehr leid! Das ist eine Unverschämtheit. Denn es kann mir keiner erzählen, dass es nicht auch anders gegangen wäre. Mit einer ordentlichen Vorbehandlung im zuständigen Ausschuss und mit dem Versuch einen Konsens zu erzielen. Was hier gemacht wird, meine Damen und Herren, ist wirklich unvorstellbar.

Es wird dann immer geredet, der Standort ist nicht so schlecht, es ist ja der Kaiserschützenpark. Kein Mensch hat den Kaiserschützenpark gekannt bevor er jetzt ins Gerede gekommen ist als Standort für den Kindergarten. Jeder, der ihn anschaut sagt, es ist eine Grüninsel im Verkehr. Wer behauptet, dass ein Standort, wo auf der einen Seite der Schwerverkehr vorbeidonnert, weil es ja die Zufahrt zum Industriegebiet ist, und auf der anderen Seite die Zufahrt zum Zentralen Betriebsgebäude besteht, wo die Schwerfahrzeuge der Stadt Wels vorbei fahren, ein idealer Standort für einen Kindergarten ist, der hat glaube ich wirklich keine Ahnung. Man kann doch so einen Standort plötzlich nicht als Park verkaufen, wenn man dem Anschein nach schon erkennen kann, dass es anders ist. Da fehlt es nicht nur an Sachverstand, da fehlt es auch an Hausverstand, wenn man das behauptet. Daran ändern auch die salbungsvollen Worte der Referentin und auch die sogenannten Gutachten nichts.

Was hier als Gutachten präsentiert wird, meine Damen und Herren, sind zum Teil wirklich lächerliche E-Mails, z.B. wenn die Rettung sagt wir müssen dort nicht mit dem Hubschrauber hinfahren, dann ist es ein super Standort. Zum anderen aus irgendwelchen zusammengeschnitzten Gutachten, wo z.T. abgeschrieben wird, was die Luftmesswerte an einer 2 km entfernten Messstelle ergeben. Was ist das Interesse für uns daran zu

wissen was 2 km entfernt ist? Wir wollen wissen wie die Luft dort ist, wo der Kindergarten gebaut wird. Wir wollen wissen wie hoch der Lärm ist, wo der Kindergarten gebaut wird und nicht irgendwo anders. Dazu fehlen tatsächlich die Unterlagen. Und uns dann zu sagen, wir haben ausreichende Unterlagen und Zeit um eine solide Beschlussfassung für das Projekt zu erreichen, dazu kann ich wirklich nur sagen, hier wird uns ein X für ein O vorgemacht.

Frau Stadträtin sagte, es wird ohnehin mit einer Lärmschutzwand und mit Schallschutzfenstern vorgesorgt. Ein Kindergarten, der eine Lärmschutzwand und Schallschutzfenster braucht? D.h. die Fenster dürfen nie aufgemacht werden, die Kinder dürfen nicht im Freien spielen, oder wie stellen sie sich das vor? Es wird doch wohl im Freien auch ein Betrieb des Kindergartens möglich sein müssen, dann sollte vielleicht auch dort nicht allzu großer Lärm herrschen.

Also diese Argumente bezüglich Luftqualität und Schallschutz können wir wohl alle vergessen. Das Argument des Geldes ist gefallen. Das Grundstück gehört der Stadt Wels, daher kostet es uns nichts – das ist schön und gut. Das kann jedoch nicht das einzige Argument sein. Gerade wenn es um unsere Kinder geht, muss uns das etwas Wert sein und dann haben die Kinder das Recht auf einen Standort, der eine entsprechende Qualität besitzt.

Wenn gesagt wird, man kann ja einmal die Planung machen und dann überlegen wir uns ob wir vielleicht ein anderes Grundstück nehmen, muss ich schon dazu sagen Kollege Lehner, verstehe ich auch dich nicht ganz, wenn du behauptest es ist egal wo man dieses geplante Gebäude hinstellt. Ich verstehe auch keinen seriösen Architekten, der sich das gefallen lässt wenn man sagt, ja plane jetzt für dieses Grundstück, aber wenn der Kindergarten wo anders hin gebaut wird, ist es mir auch egal. Eigentlich sollte ein Architekt Rücksicht nehmen auf das Grundstück und die Planung entsprechend anpassen an die Gegebenheiten des Grundstücks und nicht sagen „wurscht wo es hingestellt wird“. D.h. eine Planung für ein beliebiges Grundstück ist meines Erachtens nicht vorstellbar und daher ist es auch nicht seriös, eine solche in Auftrag zu geben.

Zum Argument der Zeit: Wir diskutierten die letzten fünf Jahre schon über die „Kindergartenmisere“ und wissen, dass wir Kindergärten brauchen. Natürlich brauchen wir jede Menge Kindergartenplätze, da hätte man vielleicht doch schon etwas zügiger voranschreiten können in der Planung und schon längst Nägel mit Köpfen machen können. Und nicht jetzt plötzlich draufkommen, dass der Hut brennt, denn wenn jetzt nicht die Planung in Auftrag gegeben wird, dann geht es sich nicht mehr aus, dass der Kindergarten vor der nächsten Wahl eröffnet wird. Um das geht es nämlich, um nichts anderes, meine Damen und Herren! Wir werden daher diesem Projekt nicht zustimmen.

GR. Dr. Csar: Vorweg, ich werde alle enttäuschen, ich werde nicht so emotional einen Rundumschlag machen und allen Unfähigkeit unterstellen, wie Kollege Mag. Teubl das gerade tat. Die ÖVP-Fraktion geht von folgender Situation aus: Der Standort Lessingstraße ist bekannt und aus den uns vorliegenden Unterlagen sehen wir deutlich, der Kindergarten Lessingstraße befindet sich in einem baulich schlechten Zustand. D.h. es herrscht Handlungsbedarf – das ist für alle unbestritten. Die Bausubstanz ist mitgenommen, wir müssen etwas unternehmen. Daher wurde nach alternativen Standorten gesucht. Auch wir von der ÖVP sind über den Standort Kaiserschützenpark nicht gerade glücklich. Wir bezeichnen ihn als suboptimalen Standort. Tatsache ist, wir

fanden keinen alternativen Standort. Selbst habe ich das eine oder andere Grundstück vorgeschlagen, meine Vorschläge wurden geprüft, aber leider Gottes war eine konkretere Planung nicht möglich. Aber – das ist für uns ganz wichtig – man hat die Hoffnung und die Planung noch nicht aufgegeben, man schaut weiter. Man schaut weiter nach alternativen Standorten. Ein Dank an alle, die sich bei der Suche beteiligen – wie Frau Vzbgm. Huber –, Personen ansprechen und als „Türöffner“ fungieren. Das funktioniert bei den Landwirten, bei den Bauern, das ist gar nicht so schwierig, wie es zuerst angedeutet wurde. Man muss nur auf Augenhöhe verhandeln und respektieren, dass man als Bittsteller auftritt. Daher müssen wir das weiter forcieren und schauen, ob eine Möglichkeit besteht den Kindergarten andernorts zu situieren.

Der jetzige ins Auge gefasste Standort in der Negrellistraße liegt natürlich im Industriegebiet und ist damit von vorne herein etwas mit einem Manko versehen. Selbst bin ich über den Standort sehr unglücklich, aber ich habe keine Alternative. Die Alternative würde nur bedeuten, wir sperren den Kindergarten Lessingstraße zu und bringen die Kinder in Containern unter. Das möchte ich auch nicht. Daher sagten wir planen wir weiter, machen wir heute einen Beschluss dahingehend, dass die Planungsphase vorangetrieben wird und uns nebenbei weitere Standorte überlegen. Das finde ich sinnvoll, vorausschauend und sehr notwendig. Auch für die Kinder, die in diesen Kindergarten unterkommen sollen.

Daneben überlegen wir uns wie die Planung aussehen kann, aber insbesondere wie das Land Oberösterreich, das ja im Zuge des Flächenwidmungsplanverfahrens eingebunden wird, sich zu diesem Standort äußert. Das ist für uns wichtig: Werden Gutachten von den städtischen Einrichtungen, von den Blaulichtorganisationen bestätigt oder nicht? Auf Basis dieser Gutachten wird um Baubewilligung angesucht und dann wird das Projekt konkret umgesetzt. Für uns als ÖVP-Fraktion ist die Suche nach weiteren Standorten, nach Möglichkeiten wichtig, wir warten noch ab, was das Land Oberösterreich dazu sagt. Das Land Oberösterreich müsste aus unserer Sicht dem Vorhaben zustimmen.

Sollte in der Negrellistraße der Kindergarten gebaut werden, müssen wir auf die Verkehrsentwicklung achten. Zurzeit herrscht dort starker LKW- und PKW-Verkehr – Verkehrsbeschränkungen sind jedoch möglich, wie eine Geschwindigkeitsbeschränkung, eine Überwachung aber auch eine Erhöhung der Sicherheit für den Fußgängerverkehr.

Im Umkreis befindet sich das Zentrale Betriebsgebäude mit einem starken Verkehrsaufkommen. Auch dort muss man sich eine gewisse Beschränkung überlegen, vielleicht die Verkehrszeiten auf die Betriebszeiten des Kindergartens umzulegen. Das ist Zukunftsmusik, das werden wir dann erst diskutieren, wenn wir wissen, ob der Kindergarten tatsächlich in der Negrellistraße gebaut wird.

Heute beschließen wir die Planung, nicht mehr und nicht weniger. Gemeinsam mit dieser geben wir den Auftrag weitere Standorte zu überlegen und zu prüfen. Daher harren wir der Dinge, machen wir keinen Schnellschuss aber auch keine Bremsaktion dahingehend, dass die Planung blockiert wird, sondern schauen auf eine vernünftige Planung, damit wir keine Container für die Kinder aufstellen müssen.

Ich hoffe auf Beschlussfassung und auf eine erfolgreiche Standortsuche. Wir werden uns alle daran beteiligen, nicht nur die zuständigen Mitarbeiter des Magistrats sondern jeder Gemeinderat ist aufgefordert sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wo wir Flächen zur

Verfügung haben. Vielleicht finden wir noch Möglichkeiten für einen anderen Standort des Kindergartens, die Planung wird darauf Rücksicht nehmen und schnell reagieren können.

GR. Schäfer, BSc: Ich starte mit einem Zitat meiner Kollegin GR. Scheinecker, sie sagte: „Wir zahn´ des Ganze mit.“ Warum machen wir das? Weil es die SPÖ-Fraktion in jahrzehntelanger Regierungsarbeit nicht schaffte in Wels ausreichend Kindergarten- und Krabbelstubenplätze zur Verfügung zu stellen.

Der Kindergarten Pernau ist ein wichtiges Thema. Das Projekt thematisiert die Jüngsten unserer Gesellschaft. Damit man aus diesem Bauchthema die Emotionen herausbringt, hat man Stellungnahmen und Gutachten eingeholt. Sieben davon liegen am Tisch, die allesamt grünes Licht für das Projekt geben. Diese Gutachten und Stellungnahmen runterzumachen von wegen die Polizei habe nur ihren fachspezifischen Beitrag dazu gegeben, ist unseriös. Das muss die Polizei, das Rote Kreuz und die Feuerwehr auch tun, in ihrem Bereich zu berichten und gegebenenfalls Einwände darstellen. Diese hat es nicht gegeben – daher grünes Licht für den Standort Kaiserschützenpark.

In der Stadt Wels gibt es nicht nur grüne Wiesen, so wie sich das manch einer wünschen würde. Sieht man sich den Vergleich zur Oberfeldstraße an, gibt es dort doppelt so viel Verkehrsaufkommen und nördlich davon die Eisenbahn. Der Kindergarten Oberfeldstraße ist top – dort möchte man gerne seine Kinder hingeben.

Es wurden weitere Alternativstandorte geprüft, obwohl es dazu keinen Anlass gab. Nach zwei fruchtlosen Jahren fand man den Kaiserschützenpark. Sachliche Einwände sprechen nicht dagegen.

An dieser Stelle einen Dank an die Referentin. Liebe Margarete, du hast den Standort intensiv geprüft, du gingst auf alle einlangenden Einwände ein und konntest zumindest die sachlichen Einwände allesamt ausmerzen. Meine sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte alle Fraktionen rational zu bleiben und die Parteipolitik hinten vor zu lassen, denn es geht hier um die Welser, im Speziellen um die Pernauer.

GR. Hufnagl: Zurück zum Sachthema: Kollege Dr. Csar sagt, wir beschließen heute eigentlich nur die Planung, es folgen weitere Beschlüsse. Ich glaube nicht, dass es so einfach ist ein Gebäude für ein Grundstück A zu planen, diese Planung dann hernimmt für ein Grundstück B. Wenn ich zurückdenke an mich als Häuslbauer – hätte ich ein anderes Grundstück gehabt, hätte ich mein Haus sicher auch anders gebaut. Einfach zu sagen ich plane ein Gebäude und das geht sicher an einem anderen Standort auch, wird meines Erachtens nicht funktionieren. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Vorhin schaute ich in die Richtlinien für den Bau eines Kindergartens. In diesen ist eine gewisse Größe pro Gruppe für einen Spielplatz angegeben, z.B. 500 m² für eine Kindergartengruppe, 200 m² für einen Hort usw. Auch die Gruppenraumgröße, die Größe der WC usw. ist vorgeschrieben. Rechnet man dies alles zusammen kommt man drauf, dass es sich nicht so leicht auf diesem Grundstück ausgeht. Bekräftigen muss ich nach wie vor, dass ich diesen Standort nicht passend finde. Eine Planung zugeschnitten auf dieses Grundstück macht nicht viel Sinn. Findet man hoffentlich einen anderen Standort, entstehen wiederum Kosten für die Umplanungen. Geld, welches wir dringend benötigen, verschwenden wir dann mit den zusätzlichen Umplanungsarbeiten.

StR. Reindl-Schwaighofer: Bei dieser Diskussion handelt es sich um eine Grundsatzdiskussion welchen Stellenwert Kinder in unserer Gesellschaft haben. Es geht darum welche Rahmenbedingungen wir für die Kinder bereitstellen, welche Unterstützung wir den Kindern geben wollen, egal aus welchen gesellschaftlichen Schichten sie kommen. Es ist ein klares Zeichen einer Gesellschaft, ob mir Kinder etwas Wert sind oder ob ich dann und wann über Alibi-Handlungen nicht hinauskomme.

Dass beabsichtigt ist diesen Kindergarten an diesem Standort zu bauen, wurde uns über die Medien mitgeteilt. Die uns versprochenen Details wurden kurzfristig vor dieser Sitzung zugestellt. Das wurde schon angesprochen. Wer diese Unterlagen wirklich durcharbeitete, soll jetzt daraus referieren. Es muss sich jeder die Frage stellen, ob er jetzt wirklich mit vollem Bewusstsein weiß, was in den Stellungnahmen enthalten ist. Jetzt zu sagen, das sind Stellungnahmen, die uns bei der Standortsuche weiterhelfen, deutet daraufhin, dass die wenigsten diese Stellungnahmen gelesen haben. Es sind Anfragen und Antworten enthalten, die sachlich korrekt beantwortet wurden. Im Beitrag der Feuerwehr steht, es ist verkehrstechnisch eine Zufahrt gut möglich, wenn etwas passiert usw. Wir stellten uns die Frage, ob dieser Platz unseren Kindern, den Kindern in der Pernau zumutbar ist. Das war die Frage. Dieser Standort ist für mich Ausdruck einer Hilflosigkeit und Ideenlosigkeit der Koalition, weil wir nämlich seit über zwei Jahren dieses Thema diskutieren.

Es gibt ein gemeinsames beschlossenes Papier einen Arbeitskreis zu bilden, sich die Mitarbeiter verschiedene Standorte anschauen, wir diskutierten, ob wir Hortplätze brauchen, wir versuchten Hortplätze in der Schule Pernau unterzubringen usw. Damals vor über zwei Jahren war bereits klar, dass wir neu bauen müssen. Wieso ist in der Zwischenzeit nicht die Suche nach Grundstücken intensiviert worden? Wieso haben wir zwei Jahre vergehen lassen, damit wir heute da sind, wo wir stehen?

In der Stadtsenatsklausur ersuchte der Herr Bürgermeister Frau Vizebürgermeister Huber nach Grundstücken in der Pernau zu suchen. Warum diskutieren wir jetzt etwas, wo der eine Teil sagt dieser Kaiserschützenpark ist ein super Standort? Würden wir dort ein neues Amtsgebäude für über 200 Mitarbeiter bauen, gäbe es dagegen Proteststürme.

Wie wichtig ist uns die Kinderbetreuung? Nach Durchsicht des Amtsberichtes muss ich feststellen, dass dieses Projekt ein Projekt der Hirnlosigkeit und Ideenlosigkeit ist - es wird uns in der Kinderbetreuung nicht weiterhelfen. Wenn 300 Menschen aus der Pernau dagegen unterschreiben, möchte ich, dass wir das ernst nehmen und wir uns mit dem Anbringen auseinandersetzen. Erst dann bauen wir den Kindergarten.

Was machen wir jetzt? Wir sagen, wir beschließen das jetzt und dann reden wir mit ihnen. Wo ist die Perspektive, wenn die Menschen eventuell so gute Argumente haben, dass sogar die Menschen, die ideen- und hilflos an dieses Projekt herangehen, dann sagen, ok wir müssen darauf reagieren.

Ich schlage nochmals vor machen wir einen Schritt zurück, reden wir mit der Bevölkerung, schauen wir uns das gemeinsam an. Wer mir jetzt eine Perner Familie mit einem Kleinkind bringen kann, welche sagt das ist ein super Standort, der bekommt von mir sofort 2 Euro. Den gibt es nämlich nicht.

Vzbgm. Kroiß: Da weiß man, was dir die Kinder wert sind – 2 Euro.

StR. Reindl-Schwaighofer: Den gibt es nicht, der sozusagen hinter diesem Projekt steht. Ich ersuche euch, machen wir einen Schritt zurück, schauen wir uns das nochmal an, reden wir mit der Bevölkerung. Anschließend machen wir ein Projekt, hinter den alle stehen können.

Bgm. Dr. Rabl: Ich muss noch immer lachen Johnny, über deine 2 Euro. Die Gefahr jemanden zu finden ist wahrscheinlich so groß, deshalb hast du nicht mehr eingesetzt. Das sagt eigentlich schon alles – das ist wie bei einem Pokerspiel. Hat man einen Poker in den Karten traue ich mich ein bisschen mehr, aber offensichtlich hast du nur einen kleinen Zwilling, deswegen dachtest du dir, lieber riskiere ich nicht zu viel, weil der kleine Zwilling nicht ausreichen wird um zu gewinnen. Aber gut – das ist dahingestellt!

Ich hörte mir genau deine Äußerung an, lieber Johnny. Ein paar Fragen dazu muss ich dir jetzt einfach stellen: Du sagst die Feuerwehr hat den Standort beurteilt und in ihrer Stellungnahme nicht geschrieben, ob dieser Standort zumutbar ist oder nicht. Ich weiß nicht ob die Feuerwehr beurteilt, ob der Standort zumutbar ist oder nicht. Offensichtlich kommt es bei dir darauf an, wie viele Jungfeuerwehrmänner aus dem Standort herauskommen, das ist das einzige was die Feuerwehr tatsächlich beurteilen könnte. Also die Feuerwehr kann nur beurteilen, ob dieser Standort aus sicherheitspolizeilichen oder feuerpolizeilichen Überlegungen problematisch ist oder nicht. Seitens der Feuerwehr, des Roten Kreuzes und der Polizei gab es zu diesem Standort ein klares o.k. – logischerweise immer nur beschränkt auf den Betrachtungswinkel der jeweiligen Blaulichtorganisation.

Außerdem muss ich mich vor meine Mitarbeiter und Beamten stellen. Wir prüften sehr wohl, ob und inwieweit dieses Grundstück geeignet ist. Es wurde verkehrstechnisch, lärmtechnisch, lufttechnisch geprüft – also alle relevanten Prüfungen sind erfolgt.

Im Dezember vergangenen Jahres war dieser Amtsbericht im Ausschuss. Dort wurden Überlegungen und Bedenken geäußert. Das war der Grund warum die Referentin diesen Amtsbericht nicht im Dezember-Gemeinderat auf die Tagesordnung gab, weil man sagte, man nimmt diese Bedenken ernst. Wenn ich Bedenken ernst nehme, brauche ich entsprechende Gutachten um diese zu zerstreuen. Diese Gutachten liegen nun vor. Alle Gutachten sagen, aus Sicht der Gutachter ist es völlig unbedenklich (lufttechnisch, lärmtechnisch, verkehrstechnisch usw.). Diese Gutachten sind extrem knapp gekommen. Darum war es nicht möglich, diese wesentlicher früher zur Verfügung zu stellen, weshalb auch dieser Dringlichkeitsantrag so knapp gestellt werden musste, weil wir warteten bis das letzte Gutachten tatsächlich am Tisch lag. Das letzte Gutachten war in diesem Fall das Lärmschutzgutachten. Insofern ist für mich völlig klar und nachvollziehbar, dass der Dringlichkeitsantrag nicht früher gestellt werden konnte und dass in der Folge die Weiterleitung an die Fraktionsobmänner nicht schneller gemacht werden konnte. Dass das Kritik weckt, kann ich zwar verstehen, aber wenn man den Grund dahinter kennt weiß man, dass es halt anders nicht machbar war.

An etliche Dringlichkeitsanträge anderer Fraktionen kann ich mich erinnern, die auch allesamt erst am Freitagmittag abgegeben wurden, ohne irgendwelche Unterlagen beizulegen. Im Übrigen – das sei für die Zuseher gesagt – werden üblicherweise den Amtsberichten Gutachten oder sonstiges nicht beigelegt. Wenn man möchte kann man sich die Unterlagen im Akt ansehen, aber prinzipiell wird für die Gemeinderatssitzung ausschließlich der Amtsbericht mitgesandt und sonst nichts. Dass jetzt hier übervorsichtig

agiert wird und sagt, na gut wir schicken auch die Gutachten mit damit nicht der Vorwurf kommt. GR. Wiesinger diskutierte mit mir und sagte, wir sollten die Gutachten schon mitsenden, sonst kommt der Vorwurf das nicht gewusst zu haben. Also egal wie es gemacht wird, es wird immer kritisiert. Es geht nämlich überhaupt nicht darum, ob sie beigelegt werden oder nicht, sondern um eine Fundamentalthaltung der SPÖ-Fraktion. Sie sagt, ihr habt das gemeinsam präsentiert, deshalb sind wir beleidigt und stellen uns ins „Schmolleck“ und wollen einfach nicht mitmachen.

Das ist der Vorwurf den ich euch mache. Wenn du Johnny sagst, vor zwei Jahren haben wir das schon beschlossen, dann hast du völlig Recht. Wir haben es vor zwei Jahren beschlossen und haben aber bereits vor zwei Jahren zu suchen begonnen. Der entsprechende Auftrag ging an Kollegen Helmreich vor zwei Jahren. Seitdem wurden mehrere Grundstücke geprüft. Die Verhandlungen mit der Grundstückseigentümerin in der Herderstraße begannen im November 2017. Dieser Vorwurf ist daher vollkommen ungerechtfertigt. Es macht sich jedoch eine gewisse Resignation breit, wenn man sucht und sucht und einfach nichts findet. Dankbar bin ich für diesen nun gegebenen Lichtblick, möchte aber betonen, es ist nicht mehr als ein Lichtblick. Es erfolgte weder eine Zusage, noch wissen wir genau welches Grundstück wir eventuell kaufen könnten, noch den Preis dafür. Hier bin ich bei StR. Lehner der sagt, wir können uns nur in einem gewissen Bereich bewegen, wir können nicht 500 Euro pro m² zahlen, nur weil wir sagen wir sind erstarrt vor Schreck, weil wir kein Grundstück bekommen.

Wir müssen uns realistisch beim Verkehrswert orientieren. Das was wir kaufen ist Grünland, das betone ich nochmals. Ein umgewidmetes Grundstück ist etwas anderes als reines Grünland. Als Gemeinderäte müssen wir uns gut überlegen, was wir damit machen. D.h. dieser Vorwurf (ich hoffe du wirst ihn korrigieren), dass wir zwei Jahre nichts taten, ist völlig falsch. Du kannst dich gerne bei Herrn Helmreich erkundigen, welche Grundstücke alle in Betracht gezogen wurden.

Zum Thema Unterschriftenliste: Das Komitee war bei mir, ich diskutierte mit den Personen, Meinungen wurden ausgetauscht. D.h. zu sagen wir nehmen sie nicht ernst und wir hätten uns nicht mit diesen auseinandergesetzt, ist ebenfalls unrichtig. Hast du dich mit den Initiatoren zusammengesetzt? Gehört habe ich es nicht, aber vielleicht ist es trotzdem geschehen. Wir nahmen uns die Zeit und setzten uns mit den Personen zusammen.

Wenn du sagst, die Koalition hat in diesem Zusammenhang keine Initiativen gesetzt, so verweise ich auf das Budget, wo alleine im Budgetrahmen 2018/2019 4 Mio. Euro für Kinderbetreuung vorgesehen sind. Das gab es in keinem Budget vorher. Verweisen möchte ich auf Projekte, die bereits in der Vergangenheit umgesetzt wurden: Kindergarten Mohnstraße, Ausbau Kindergarten Noitzmühle, Kindergartengruppen, die in anderen Einrichtungen geschaffen wurden. Erstmals schafften wir es überhaupt, dass kein einziges Kind einen Kindergartenplatz suchen muss, wenn es nicht auf einen speziellen Kindergarten angewiesen ist. Das hat es in der Stadt Wels noch nie gegeben. In Wirklichkeit haben wir die Möglichkeit im Kindergartenbereich tatsächlich 100 % Angebot zur Verfügung zu stellen, wenn die Eltern flexibel sind. Das ist schon ein Verdienst der zuständigen Referentin. Liebe Margarete, danke in diesem Zusammenhang. Ebenfalls ist es ein Verdienst des ehemaligen Referenten GR. Zaunmüller, der bereits die Weichen dafür stellte. Jetzt einfach zu sagen, die Koalition hat hier nichts gemacht, ist ein „Abputzen“, das ich so nicht akzeptieren kann.

Wenn du davon sprichst, es ist nicht der beste Standort den man sich vorstellen kann, so ist das richtig. Der beste Standort ist wahrscheinlich auf einer Lichtung mitten im Wald und das mitten in der Stadt, bestens angebunden an das Verkehrsnetz. Wir leben in Wels und das gibt es halt nicht mehr. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, wir haben verbautes Gebiet, Betriebsbaugebiete, Autobahnen, Bundesstraßen, die das Stadtgebiet durchkreuzen usw.

Schaue ich mir die Kindergärten in der Wimpassinger Straße, in der Oberfeldstraße an, wo die Verkehrsfrequenz höher ist als beim Kaiserschützenpark, dann muss ich sagen, bleiben wir realistisch. Wir wohnen in einer Stadt. Wir erkundigten uns über Lärmmessungen in Wien, welche Lärmbelastung in Wien angemessen ist? In Wien sagen sie 60 dB(A) wäre der Idealzustand, wir würden uns freuen, wenn wir nur 60 dB(A) Lärm hätten! Wir haben 60 dB(A) für Wels als Obergrenze definiert und sagten, das wollen wir erreichen. Das schafft der Kaiserschützenpark übrigens locker. Also insofern muss man realistisch bleiben und sagen, was kann eine Stadt tatsächlich leisten als Standort? Wenn wir keine anderen Standorte haben, weil sie entweder nicht verfügbar sind, weil keine Grundstücke verkauft werden oder wir durch eine städtische Struktur so geprägt sind, dass wir sagen, wir haben keine andere Wahl als an Betriebsbaugebiete anzuschließen, dann ist das eine Realität, der wir uns stellen müssen. Deswegen kann ich nicht nachvollziehen warum ein anderer Standort besser sein sollte. Vor allem kann ich mich in der Politik nicht auf Hoffnungen stützen. Irgendwann (nach zwei Jahren schien uns das ausreichend) muss man sagen welches Grundstück wir nehmen. Es kann sein, dass in einem Jahr ein besser geeignetes Grundstück zur Verfügung stehen würde, aber es geht um die Beschlussfassung zu einem bestimmten Zeitpunkt. Ab diesem Zeitpunkt gibt es halt keine Alternative. Obwohl alle wissen, dass wir ein Grundstück suchen, wurde kein Vorschlag von anderen Fraktionen gemacht. Hatte irgendjemand ein konkretes Angebot vorgelegt? Nein! Es wurde kein einziges Grundstück vorgeschlagen.

Herrn Helmreich wurde nochmals aufgetragen nach Grundstücken zu suchen. Es gibt kein Grundstück, nichts! Dann muss ich sagen, kann ich mich nicht auf die Hoffnung verlassen irgendwann vielleicht einmal etwas zu finden, sondern ich muss konkret zu einem bestimmten Zeitraum sagen, jetzt ist es Zeit, jetzt müssen wir einen Beschluss fassen. Das tun wir heute! Darüber bin ich froh, wir haben den Antrag eingebracht.

Ich würde mir wünschen, dass sich die Aussage von Vzbgm. Huber bewahrheiten würde. Wenn nicht, so haben wir ein Grundstück, auf welches wir uns festlegen. Gäbe es eine andere Alternative, werden wir diese nützen. Eines ist klar: Dafür steht ein überschaubarer Zeitraum zur Verfügung, d.h. ein Monat vielleicht. Am 12.02.2019 haben wir einen Gesprächstermin mit dem erwähnten Landwirt. Wenn kein Grundverkauf stattfindet, so haben wir dennoch den Planungsbeschluss gefasst. Sonst hätten wir wieder Zeit verloren. Zum Schluss würde die SPÖ-Fraktion der Referentin den Vorwurf machen, was sie in der Kinderbetreuung gemacht hat? Antwort: Nichts! Warum ist nichts weitergegangen? Weitergegangen ist deswegen nichts, weil die SPÖ die ganze Zeit sagt, es passt dies und das nicht. Das wollen wir auf jeden Fall vermeiden und deswegen ist es der Grund, warum wir heute diesen Beschluss fassen sollen. Ich freue mich, dass die SPÖ zumindest so weit überzeugt werden konnte, dass sie sich der Stimme enthält. Das ist ein Abweichen des ursprünglich im Raum Gestandenen. Ich hoffe, dass die weitere Debatte vielleicht noch eine Möglichkeit ergibt noch einen Schritt weiterzugehen und es

vielleicht sogar eine Zustimmung geben wird, gerade in Anbetracht dieses eingebrachten Abänderungsantrags.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Mag. Teubl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie waren leider bei meiner vorherigen Wortmeldung nicht anwesend. Es kann kein noch so energischer, rhetorischer Kraftakt von ihnen darüber hinwegtäuschen, dass dieser Beschluss auf sehr tönernen Füßen steht. Dass erstens der Ausschuss ausgehebelt wurde durch diesen Dringlichkeitsantrag und dass diejenigen

StR. Josseck-Herd: Es war doch im Ausschuss!

GR. Mag. Teubl: Es war im Ausschuss, dort wurde gesagt, dass der Standort nicht gut geeignet ist und dass man bestimmte Gutachten haben möchte. Die Kollegen, die heute diese Planung beschließen, beschließen diese im Blindflug. Die sog. Gutachten sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Die einen reden von irgendwelchen Blaulichtorganisationen, die keinerlei Gutachten darstellen. Das Lärmschutzgutachten liegt uns überhaupt nicht vor und das Gutachten über die Luftqualität beschreibt die Ergebnisse einer Messstation, die 2 km entfernt ist. D.h. es ist absolut nichts da, auf dem man begründen kann mit gutem Gewissen, dass dieser Standort tatsächlich in Lärm- und Luftgütehinsicht ein geeigneter Standort für einen Kindergarten ist.

GR. Scheinecker, BA: Ein paar wichtige Punkte möchte ich zusammenfassen. Wir redeten sehr viel. Aus dem Bericht über das Zentrale Betriebsgebäude für einen neuen Standort Kindergarten Pernau ist mit einer Unterschreitung der Mindestfreiflächen im geringen Umfang mindestens eine Fläche von ca. 3.800 m² erforderlich.

Die Position der SPÖ-Fraktion hat sich in der letzten Zeit nicht verändert. Deswegen haben wir im letzten Gemeinderat den Antrag eingebracht Flächen bitte dringend zu suchen. Dieser Zusatzantrag zeigt doch, dass ein gewisses „Bauchweh“ auch bei den anderen Fraktionen herrscht. Wir planen jetzt ein Haus und sind uns eigentlich nicht sicher, ob wir das dort hinstellen wollen. Der Zusatzantrag allein hat mich heute zum Lachen gebracht. Dieses Hintertürl hält sich selbst die Koalition noch offen. Wir haben soeben die Rhetorik des Herrn Bürgermeisters zu spüren bekommen, dass wir alles versuchen werden.

Im letzten Gemeinderat wurde mir noch erklärt, es ist nicht so wie sich der kleine Maxi dies vorstellt, dass überall Grundstücke sind. Wir bauen jetzt einen Kindergarten mit einer Mindestfreifläche, der jetzt gerade mal das abdeckt, was wir jetzt unbedingt brauchen. In fünf Jahren werden wir deshalb ein Problem haben, wenn wir Anträge nicht ernst nehmen und schauen, dass man Flächen findet. Vielleicht auch Grundstücke, die derzeit noch nicht erschlossen sind. Aber diese Stadt wächst. Das Problem wird nicht unbedingt besser in fünf Jahren. Der kleine Maxi wird in fünf Jahren keinen Platz im neu gebauten Kindergarten haben, denn dieser ist zu klein.

Vzbgm. Kroiß: Zur Schlusssatzung von GR. Scheinecker: Ja – in fünf Jahren haben wir keinen Kindergarten, weil hier alles versucht wird, diesen Kindergarten zu verhindern. Zur Aussage, sie hat über diesen Zusatzantrag lachen müssen, weil wir ein Hintertürl offen lassen: Nein, dieser Antrag deswegen, weil Silvia Huber den Funcourt ins Spiel brachte

und ein zusätzliches Grundstück. Dass dies lachhaft ist, verstehe ich nicht. Es kam von Kollegin Vzbgm. Huber, dass wir das noch überprüfen sollen – das lachhaft zu finden, finde ich doch lachhaft.

Vom Kollegen Mag. Teubl finde ich etwas befremdlich, wenn man sagt die Gutachten sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen. Auf der anderen Seite sagen sie, sie haben nicht einmal Zeit gehabt diese durchzulesen. D.h. sie finden so heraus, das Gutachten ist das Papier nicht wert auf dem es steht.

Die Blaulichtorganisationen haben irgendein Gutachten geschickt – so sagen sie! Nein, sie gaben eine Stellungnahme dazu ab – das wurde vom Bürgermeister Dr. Rabl bereits erklärt. Sie gibt keine Stellungnahme ab zum Thema Luftqualität oder Lärm, dazu gibt es die anderen Gutachten.

Ich bin auch Pernauer und habe mit den Pernaubern gesprochen. Natürlich ist es ein klassisches Bauchthema, warum dort ein Kindergarten entstehen soll. Nur, wenn man dann den Beteiligten erklärt es ist ein Wohngebiet und es werden alle Bedenken ernst genommen, dann kann man viele Zweifel durchaus ausschalten.

Wenn all diese von der Referentin bereits erklärten Begleitmaßnahmen erfüllt werden, ist es auch ein Standort für einen Kindergarten. Es gibt Gutachten, es gibt Fachabteilungen des Hauses, die diesen Standort durchaus als geeignet bezeichnen. Wenn wir uns als Politiker auf die Fachabteilung oder auf die Gutachten gar nicht mehr verlassen können, dann braucht man auch diese gar nicht mehr in Auftrag geben.

Zum Thema Standort Funcourt warne ich wirklich davor diesen Standort zu nehmen. Dieser Funcourt ist einer der Standorte, die wirklich sehr gut besucht werden. Hier zu sagen wir geben den Funcourt weg und geben dort den Kindergarten hin, glaube ich, wird von den Bewohnern des Haidlwegs und der Ingeborg-Bachmann-Straße mit Sicherheit nicht gern gesehen.

Bei den Informationsveranstaltungen könnten sehr viele Bedenken der Bewohner zerstreut werden. Viele Bewohner werden dankbar sein diesen Kindergarten zu haben, weil er sehr nahe bei den Wohnbauten liegt. Ich bin überzeugt, es ist der richtige Standort. Ich ersuche deswegen um Zustimmung, weil eine Verzögerung den Baubeginn nach hinten schieben würde. Kollege Mag. Teubl – so wie der Schelm denkt, so ist er. Sie schielen schon auf die Wahl im Jahr 2021 und sagen nur deswegen wird es gemacht. Das stimmt mit Sicherheit nicht.

GR. Wiesinger: Klar ist, mit dem Abänderungsantrag gebe ich einem Planer den Auftrag, bitte berücksichtige bei der Planung, dass es sein kann, dass der Bau auf einem anderen Grundstück stattfinden könnte. Das sind zwei Paar Schuhe. Deinem Architekten wirst du nicht gesagt haben, es könnte sein, dass es vielleicht ein anderes Grundstück wird. Das ist der fundamentale Unterschied bei diesem Antrag.

Zum Thema Funcourt möchte ich sagen, ganz ausschließen würde ich das nicht. Denn wo ein Wille, da ein Weg. Es ist einfacher einen Funcourt-Platz zu finden als ein Grundstück für einen Kindergarten.

StR. Josseck-Herdt: Heute wurde ein Beispiel gegeben, wie ein sachlicher Beschluss zerredet werden kann von Menschen, die weder bei der Ausschusssitzung waren, so wie z.B. die Kollegin MMag. Rumersdorfer, die eine Einladung erhielt aber nicht zur Sitzung kam. Mag. Teubl spricht von Dingen, die er vorher nicht gesehen hat, eben weil sie nicht bei der Ausschusssitzung waren, in der wir wirklich alles besprochen haben. Der Erstentwurf des Architekten wurde bei dieser Sitzung gezeigt, der viel Zustimmung erhielt.

Wirklich wundern tut mich die Tatsache, dass Kollegin Scheinecker bei der Ausschusssitzung dabei war und jetzt so tut, als würde sie von diesem Beschluss völlig überrascht sein. Sie hatten zwei Monate Zeit darüber nachzudenken, deshalb wundert es mich, dass sie jetzt so tun als hätten wir etwas versäumt, was eigentlich sie versäumt haben. Denn wenn sie genau gelesen hätten – es sind alle ihre Fragen im Amtsbericht beantwortet. Ihre Unterstellung, dass diese Gutachten Pseudo-Gutachten wären, stimmt nicht, denn diese Gutachten werden für die Widmung eingeholt. Das sind ganz normale Gutachten und ich hätte sie nicht abwarten müssen und bereits im Dezember den Beschluss herbeiführen können. Aber ich wollte einfach auch selbst sicher sein, ob es Einwände der Gutachter gibt, ja oder nein.

Ich habe keine Einwände vorgefunden. Wir alle und sie werden sie auch nicht finden, die es gilt zu berücksichtigen. Überrascht bin ich über das Ansinnen von Vzbgm. Huber bezüglich eines anderen Grundstückseigentümers. Soweit wie du jetzt mit diesem Landwirt bist, waren wir etliche Male, immer wurde uns zugesagt ein Grundstück zu verkaufen. Wenn es dann darauf ankam, hat er nicht verkauft oder zu Konditionen, die einfach nicht einzuhalten waren.

So polemisch, wie Kollegen Ganzert und Reindl-Schwaighofer, kann ich auch sein. Wenn sie sagen, man sieht an dieser Sache was wir unseren Kindern zumuten. Herr Reindl-Schwaighofer sagt, das ist ein Zeichen, wie wir den Wert der Kinderbetreuung ernst nehmen. Zumutbar wäre das Grundstück Kaiserschützenpark für unsere Kinder nicht. Aber zumutbar ist dieser jahrelange bauliche Zustand der bestehenden Kindergärten, wo der damalige Finanzreferent der SPÖ-Fraktion kein Geld gab für einen Umbau bzw. einer Sanierung! Deshalb bitte ich sie dem Antrag zuzustimmen, damit wir die unzumutbaren Verhältnisse in der Lessingstraße beseitigen können.

Der Abänderungsantrag (Anlage 12) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

| | |
|-------|---|
| | <u>22 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion) |
| gegen | <u>3 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion) |
| und | <u>9 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion, NEOS) |

angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 11) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

| | |
|-------|---|
| | <u>22 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion) |
| gegen | <u>3 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion) |
| und | <u>9 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion, NEOS) |

angenommen.

Anschließend erklärt der Bürgermeister diese Sitzung mit Dank für die angeregte Diskussion für beendet.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 29.04.2019 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.